

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Zimmerer (Ersatzklasse) Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 50 M (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen: Für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 75 M , für Versammlungsanzeigen 50 M die Zeile.

Gruß dem Verbandstag!

Willkommen, Arbeitskameraden,
Begrüßt Ihr Freunde brüderlicher Tat!
Zu ernstem Tun seid Ihr geladen,
Zu wohlbedachtem Wort, zu weisem Rat.
Was auf den Arbeitsplätzen lebt,
Was in den Herzen, in den Hirnen webt:
Die Forderung der Zukunft und der Stunde —
Lebendig werde sie in Eurem Munde.

Es fließt die Zeit und viele Stürme wehn.
Wir dürfen auch nicht stille stehn.
Aus eines klaren Himmels Pracht
Bricht leicht ein wildes Wetter über Nacht.
Die Wolke, die tief unterm Horizonte braut,
Der Wachende hat sie doch längst erschaut
Und fester sich sein Dach gebaut —
Ihr seid die Wetterwächter unsrer Macht!

Der Macht, die aus vereintem Willen
Das Los des einzelnen bestimmt;
Sie soll vieltausend Teller füllen,
Doch wer da geben soll, der nimmt.
Auf leeren Händen wächst kein Weizen,
Kein Brot, das froh den Hunger bricht.
Wer wird beim Samenkorne geizen,
Das hundertfältig Ernte ihm verspricht?

Aus kleinen Opfern spricht das große Werden,
Und aus dem Heute ringt das Morgen sich;
Es glüht empor aus grimmigen Geschwerden
Und schmiedet Tat aus heißen Sorgen sich.
Die Kraft der vielen, rafft sie eng zusammen;
Sie ist der Hammer, der die Feinde schlägt,
Und schürt der Seele schöpferische Flammen,
Die aus dem Kampf die Schaffensfreude trägt.

Die Freude, sich emporzuschwingen
Am Werk, das hoch und höher steigt
Und kühner sich und schöner zeigt,
Wenn seine Kräfte sich verzüngen.
Ja, denkt der Jugend, denkt der neuen Streiter,
Des frischen Bluts, das sorglos schweift
Und kühn nach allen Sternen greift —
Seid unsrer Zukunft kluge Wegbereiter!

Seid Stimme der Vielfältigkeit,
Die bunt erklingt aus allen Gauen,
Und seid doch erzyner Klang der Einigkeit,
Und seid doch treu in einem Gauen!
Was zweckvoll sich zusammensand,
Das werkt wohl auch auf guten Pfaden
Und zimmert fest und fester den Verband —
Glück auf denn, Arbeitskameraden!

Ernst Preygang.



Zum vierundzwanzigsten Verbandstage.

Die Delegierten rüsten zur Reise nach Dresden. Am 16. Mai sollen sie dort eintreffen, um an der am Abend stattfindenden Eröffnung des 24. Verbandstages teilzunehmen. Die Verhandlungen selbst werden am 17. Mai beginnen. Fünf Tage sind dafür vorgesehen. Der sechste Tag, der Sonnabend, ist für die Heimreise bestimmt; denn zu Pfingsten wollen möglichst alle Verbandstagsmitglieder wieder zu Hause sein.

In Dresden hat schon einmal ein Verbandstag der Zimmerer stattgefunden, und zwar vor nunmehr 21 Jahren, im Jahre 1905. Unser Zentralverband war damals noch kleiner als heute. Er umfaßte in 590 Zahlstellen 42 166 Mitglieder. Das ist weniger als die Hälfte des heutigen Mitgliederbestandes. Der Verbandstag in Dresden 1905 ist jedoch für unsere Organisation von historischer Bedeutung, vornehmlich insofern, als er die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschloß. Als erster unter den baugewerblichen Arbeiterverbänden ging unser Verband auf diesem Gebiete voran. Viele Jahre Aufklärungsarbeit war nötig gewesen, um alle gegen die Einführung dieser Unterstützungseinrichtungen geäußerten Bedenken zu zerstreuen. Heute darf gesagt werden, daß der 1905 in Dresden gefasste Beschluß unserm Verbande zum Vorteile gereicht hat. Die Arbeitslosenunterstützung ist mit ein Mittel gewesen, wodurch das Interesse der Mitglieder an ihrer Organisation nicht nur gesteigert, sondern dauernd wachgehalten wurde. Andere baugewerbliche Arbeiterverbände, die zuerst von derartigen Einrichtungen nichts wissen wollten, mußten sich wohl oder übel nach wenigen Jahren ebenfalls zu ihrer Einführung verstehen. Heute kann man sich die Gewerkschaften ohne derartige Einrichtungen — inzwischen sind sie noch wesentlich ausgestaltet worden — überhaupt nicht denken. Dadurch übrigens, daß die Gewerkschaften die Verpflichtung übernahmen, ihre arbeitslosen Mitglieder vor der äußersten Not zu schützen, haben sie auch die Aufmerksamkeit von Reich und Ländern auf dieses Aufgabengebiet gelenkt. In je höherem Maße diese wahrnehmen, was nunmehr die Reichsverfassung allen Erwerbslosen zusichert, nämlich daß für ihren Unterhalt gesorgt werden soll, können die Gewerkschaften an einen Abbau dieses Zweiges ihrer Unterstützungseinrichtungen denken. Vorläufig, das möchten wir hier gleich feststellen, erscheint uns der Zeitpunkt dazu noch nicht gekommen. Darf man mithin dem Dresdner Verbandstag von 1905 nachsagen, daß er gute Arbeit geleistet hat, so wird man, davon sind wir überzeugt, dem Dresdner Verbandstag von 1926 einst daselbe Zeugnis ausstellen.

An Arbeit fehlt es dem diesjährigen Verbandstage nicht. Und doch stehen fast nur rein geschäftliche Dinge auf der Tagesordnung. Wie stark das Interesse an der Tagung in Verbandskreisen ist, beweist die große Anzahl von Anträgen; über 400. Nicht alle Anträge sind gleich wertvoll. Manche sind nicht einmal auf eigenem Boden gewachsen, sondern von woanders hergekommen. Für viele Anträge wäre es — wir wollen auch hier ganz offen sein — besser, sie wären nicht gestellt worden. Insofern wäre manchen Zahlstellen etwas mehr Selbstdisziplin zu wünschen.

Die letzte Geschäftsperiode von 1924 bis 1926 hat an unsern Zentralverband überaus hohe Anforderungen gestellt. In erster Linie haben die Lohnkämpfe ihn sehr stark in Anspruch genommen. Im Mittelpunkt dieser Kämpfe stand der Achtstundentag. Unaufhörlich haben die Unternehmer gegen ihn Sturm gelaufen. Unterstützt von Industrie, Handel und Bankwelt, haben sie nichts unversucht gelassen, den Achtstundentag im Baugewerbe zu unterminieren. Der Widerstand in den Kreisen der baugewerblichen Arbeiter, in den Kreisen unserer Kameraden, ist so stark gewesen, daß die Pläne des Scharfmachertums vereitelt werden konnten. Im Baugewerbe ist der Achtstundentag erhalten geblieben. Hier und dort vorgekommene Abweichungen oder Ueberschreitungen vermögen daran nichts zu ändern. Zur Hauptsache an den Forderungen der Unternehmer in der Arbeitszeitfrage ist auch das Zustandekommen eines neuen Reichstarifvertrages im Baugewerbe, trotz zweijähriger Verhandlungen, gescheitert. Vorerst sind gar keine Aussichten für eine Aenderung der Auffassung im Unternehmerlager vorhanden. Die Unternehmer setzen ihre Hoffnungen nunmehr auf den neuen Arbeitsschutzgesetzentwurf, der den Ländern bereits zur Stellungnahme zugegangen ist. Nachdem, was über seinen Inhalt bisher verlautbart, nimmt er auf die Wünsche der Unternehmer weitestgehende Rücksicht. Für unsern Verband ist damit die Stellungnahme zu diesem Entwurf von vornherein gegeben; darüber wird auch der Verbandstag gar keinen Zweifel lassen. Auch die Auslegung des Washingtoner Abkommens auf der jüngsten Arbeitsministerkonferenz in London kommt den Unternehmerwünschen nach einer Verlängerung der Arbeitszeit im Baugewerbe entgegen. Wir haben gegen diese Auslegung sofort nach ihrem Bekanntwerden Einspruch erhoben und sind überzeugt, daß der Verbandstag sich diesem Einspruch nachdrücklich anschließen wird. Soweit sich mithin übersehen läßt, sind Aussichten für einen neuen Reichstarifvertrag im Baugewerbe so gut wie gar nicht vorhanden. Unser Verband wird sich darauf einstellen müssen, daß es einstweilen bei den örtlichen und bezirklichen Abkommen sein Bewenden haben muß.

Bei Behandlung dieses Gegenstandes auf dem Verbandstage wird auch über das Abkommen vom 13. Februar dieses Jahres gesprochen und vor allen Dingen zu der Haltung der auf Grund dieses Abkommens eingesetzten zentralen Schiedsstelle einiges gesagt werden müssen. Diese zentrale Schiedsstelle hat, wir haben uns darüber bereits im „Zimmerer“ Nr. 16 ausgelassen, die Arbeiter enttäuscht. Das ohnehin in Arbeiterkreisen nur geringe Vertrauen zu solchen Schiedsstellen ist völlig im Schwinden. Für den Tarifgedanken ist das von großem Schaden. Ehe es deshalb wieder zu einem Reichstarifvertrage kommt, wird manches zu reparieren sein.

Die allgemeine Wirtschaftskrise, die über Deutschland hereingebrochen ist, hat auch das Baugewerbe arg mitgenommen. Sie hat die an sich schon zahlreichen Hemmungen, die sich einer Belebung der Bau Tätigkeit entgegenstellen, noch vermehrt und dadurch die Arbeitslosigkeit vergrößert. Diese hat zeitweilig einen erschreckenden Umfang angenommen. Dabei ist sie außerordentlich anhaltend gewesen. Zwar liegen Anzeichen vor, die auf eine leichte, keineswegs durch-

greifende Besserung der Konjunkturlage schließen lassen, allein alle derartigen Voraussagen sind mit der größten Vorsicht aufzunehmen.

Die selten umfangreichen und langwierigen Arbeitskämpfe während der letzten zwei Jahre, nicht minder die anhaltende Arbeitslosigkeit haben auch unserm Zentralverbande sehr zu schaffen gemacht. Eben erst begann er sich von den Schlägen der Inflation und den Wirkungen der Währungsstabilisierung zu erholen; langsam, viel zu langsam, gesunde auch sein Finanzwesen. Aber es ging doch wieder vorwärts. Das war für alle Verbandsmitglieder ein Trost und eine Freude. Allein, derartige Anforderungen, wie sie besonders während des letzten Jahres vorwiegend auf finanziellem Gebiete an den Verband herantraten, war er noch nicht wieder gewachsen. So mußten die Verbandsinstanzen zwangsläufig zu Hilfsmitteln greifen, die sie höchst ungerne anwendeten, die aber nicht zu umgehen waren. Hier und dort ist dagegen opponiert worden. Im allgemeinen aber war die Einsicht in den Kreisen unserer Kameraden groß genug, um die Notwendigkeit der getroffenen Maßnahmen anzuerkennen.

Den Niederschlag der in dieser Hinsicht gemachten Erfahrungen, auch während der letzten zwei Jahre, stellen die Anträge des Zentralvorstandes zur Neuregelung der Mitgliedsbeiträge und der Unterstützungssätze dar. Ohne hier des näheren auf sie einzugehen, wollen wir nur die Hoffnung aussprechen, daß sich der Verbandstag zwingenden Notwendigkeiten nicht entziehen, sondern bemüht sein möge, auch hier den rechten Weg zu finden. In dem Ziel, unsern Zentralverband so kampfs- und widerstandsfähig, wie immer nur möglich, zu machen, gehen alle Teilnehmer des Verbandstages völlig einig.

Im Rahmen der Geschäftsberichte und der Aussprache hierüber wird der Verbandstag Stellung nehmen müssen zu den Anträgen zur Sozialgesetzgebung, zur Wohnungsfrage sowie zur Jugend- und Lehrlingsfrage. Auch bei diesen Gegenständen wird es vielleicht abweichende Meinungen geben, im Grunde aber wird auch hier größte Einheitslichkeit bestehen. Denn schließlich kann es ja gar keinem Zweifel unterliegen, daß sich der Verbandstag für den Schutz des Lebens, der Arbeitskraft und der Gesundheit der Arbeiter nachdrücklich einsetzen und daß er sich mit größter Entschiedenheit gegen alle auf den Abbau sozialer Einrichtungen gerichteten Bestrebungen der Unternehmer wenden wird. Den allgemeinen Forderungen der Gewerkschaften auf Vereinheitlichung der Sozialversicherung, auf Selbstverwaltung bei gleichberechtigter Mitwirkung der Versicherten wird er sich anschließen und auch hinsichtlich der Erwerbslosenversicherung seinen Standpunkt präzisieren. Protest wird er erheben gegen die Sonderbehandlung der baugewerblichen Arbeiter bei der Erwerbslosenfürsorge und ihre volle Gleichberechtigung mit den Arbeitern anderer Berufsgruppen fordern müssen.

Auch die Wohnungsfrage wird angesprochen und dabei auf alle Mängel hingewiesen werden müssen, die in den letzten Jahren zutage getreten sind. Bei dem Interesse, das der Verbandstag besonders dieser Frage entgegenbringen wird — die Wohnungsfrage ist für unsere Kameraden geradezu eine Lebensfrage —, wird es wünschenswert sein, daß er hier ganz eindeutig ausspricht, was er von den zuständigen Stellen in diesem Punkt erwartet.

Und weiter wird der Verbandstag der Jugend- und Lehrlingsfrage gedenken müssen. Dabei wird die Aufmerksamkeit aller Verbandszahlstellen wachzurufen sein; denn es haben bei weitem nicht alle das getan, wozu sie im Interesse unserer Jugend verpflichtet gewesen wären. Aber wir wollen hier nicht Vorwürfe erheben. Aussprechen sollte der Verbandstag jedoch, daß die Jugend- und Lehrlingsbewegung unseres Verbandes von allen Zahlstellen und Mitgliedern tatkräftiger gefördert werden muß. Die Verbandsleitung wird es in dieser Hinsicht an Unterstützung nicht fehlen lassen. Auch gesetzgeberische Maßnahmen (Berufsausbildungsgesetz) zwingen den Verbandstag zur Stellungnahme, und ebenso wird er zur Frage des Berufsschulwesens, des Jugendschutzes usw. seinen Standpunkt darzulegen haben.

Referate über Arbeitsrecht und Tarifvertrag sowie über den Bauarbeiter-schutz, von berufenen Sachkennern gehalten, werden aufzeigen, welche Wege zur gefunden Förderung dieser Gebiete in nächster Zeit zu beschreiten sind. Unser Verbandstag wird bekennen, daß er willens ist, auch von sich aus mitzuarbeiten an der Verwirklichung der hierzu von den Gewerkschaften aufgestellten Forderungen.

Mehr Raum vielleicht, als auf früheren Verbandstagen die Berichterstattung von den Gewerkschaftskongressen eingenommen hat, wird der Bericht vom Breslauer Kongress beanspruchen. Im Rahmen des Berichts soll nämlich die Organisationsfrage mit besprochen werden, die bekanntlich in Breslau durch eine Entschließung verabschiedet worden ist, von der weder die Industrie- noch die Berufsverbände befreit sind. Die Entschließung ist das Ergebnis langer und mühevoller Verhandlungen gewesen. Zeitweilig hatte es den Anschein, als sollte an dieser Frage der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund auseinanderfallen. Bis endlich der Bundesvorstand durch die zunächst an den Bundesauschuß und sodann an den Kongress gelangte Entschließung die Situation rettete. Die Entschließung weist auf die Notwendigkeit hin, „daß die dem Bund angeschlossenen verwandten Berufsorganisationen zum Zwecke möglicher Verstärkung der gewerkschaftlichen Kräfte und zur Vereinheitlichung der gesamten Organisationen sich zu Industrieverbänden zusammenschließen . . . Er (der Kongress) erblickt in dieser freiwilligen Verschmelzung der Verbände die beste Entwicklungsmöglichkeit auch in der Zukunft und beauftragt den Bundesvorstand, auf Grund der neuen Bundesfassung die Industrieorganisation nach Möglichkeit zu fördern“.

Die Entschließung zeigt mithin die Richtung auf, in der, zur Zeit gesehen, die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu laufen hat. Wobei wir einschalten möchten, daß auch Entschließungen nicht Ewigkeitswert besitzen, sondern sich aus zeitlicher Einstellung, die mehr oder weniger zwingender Art ist, ergeben. Diese Entschließung bot die einzige Möglichkeit, unter Wahrung der Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung die Organisationsfrage zu erledigen.

Das ist der Grund gewesen, der auch die Vertreter der Berufsverbände veranlaßte, entgegen ihrer persönlichen Ueberzeugung für die Entschliebung zu stimmen. Bei den Vertretern der Industrieverbände ist die Entschliebung teils auf sehr starken Widerstand gestoßen, weil sie nicht den von ihnen geforderten Zwang zum Zusammenschluß vorzieht. Aus diesem Grunde hat auch eine Anzahl von ihnen in Breslau gegen sie votiert.

Unser Verbandstag wird sich mit der Entschliebung abfinden können. Sie enthält keinerlei Zwang und will die freiwillige Verschmelzung „zum Zwecke möglicher Stärkung der gewerkschaftlichen Kräfte“. Voraussetzung ist demnach die Einsicht bei den Mitgliedern, daß die Verschmelzung in der Tat eine Verstärkung der gewerkschaftlichen Kräfte bedeutet. Zu dieser Einsicht hat bisher die Mitgliedschaft unseres Verbandes, haben auch die vorausgegangenen Verbandstage aus guten Gründen nicht kommen können. Zwar liegt dem diesjährigen Verbandstag eine gleich große Anzahl von auf Verschmelzung gerichteten Anträgen vor wie dem Eisenacher Verbandstag. Das will indes für

die Beurteilung der Frage wenig besagen, zumal ein nicht geringer Teil der Anträge politischen Parteiparolen entstammt, nicht inneren gewerkschaftlichen Bedürfnissen. Größer als zu dem Eisenacher Verbandstag ist diesmal die Zahl der Anträge, die eine Verschmelzung ablehnen und an dem Berufsverband festhalten wollen.

Der Verbandstag wird, wie schon die hier nur kurz angesprochenen Punkte beweisen, tüchtig zu arbeiten haben. Aber er wird, dessen sind wir sicher, ohne es an der nötigen Gründlichkeit fehlen zu lassen, alle ihm gestellten Aufgaben so lösen, wie es das Interesse des Verbandes und der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung erfordert. Die Stärkung und Kräftigung unseres Verbandes wird bei allen Beschlüssen voranstehen müssen. Indem wir dem eigenen Verbandsrat das denkbar höchste Maß von Kraft und Leistungsfähigkeit vermitteln, nützen wir auch der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Von diesem Bestreben mögen die Arbeiten des Verbandstages geleitet sein.

Willkommen in Dresden!

Dresden als schöne und tätige Stadt.

Das schöne Dresden.

Dresden ist eine der schönsten Städte Deutschlands. Lebt man jahrzehntelang in dieser Stadt, so weiß man das zuletzt so, wie man weiß, daß das Herz schlägt: die Stadt wird zur selbstverständlichen Umgebung, und anders kann man sie sich nicht mehr denken. Auf seinen Gängen sieht man die Fremden mit roten Reisbüchern vor Dresdens Baudenkmalern stehen und wird flüchtig erinnert: Dresden ist eine der schönsten Städte Deutschlands.

Dresden liegt am Strome inmitten eines grünen Talbeckens, das sich zwischen Pirna und Meissen erstreckt, den beiden alten Städten, die als reizvolle Befestigung am Eingang und Ausgang gesetzt sind. Bei Pirna tritt die Elbe aus der langen, schmalen Felsengasse, die sie in den Sandstein der Sächsischen Schweiz gesägt hat, in diese Dresdner Elbtaflandschaft ein, die sich unmittelbar hinter den letzten senkrechten Sandsteinwänden einer weitgezogenen grünen Arena gleich aufstut. Dann schmiegte sich die Elbe eng an die Berge des rechten Ufers an, die bis Dresden an ihrer Seite bleiben. Die Sommeridylle des Pillnitzer Schloßchens, die grünen Berge um Loschwitz, die weißen Albrechtsschlösser spiegeln sich in ihren Fluten. Dresden im Schmucke seiner Gärten, Türme, Kuppeln, Palais, mit dem edlen Beieinander von Schloß und Kirche, Oper und Zwinger, Tor und Terrasse, seiner wogenden Barockarchitektur läßt sich vom Strome wie von einem blanken Gürtel umschlingen. Unterhalb der Stadt schwingt sich der Strom zu den grünen Bergtribünen des linken Ufers hinüber. Ueber den davorgelagerten Ortschaften steigen die Berge auf, auf die der Frühling in alljährlicher Wiederkehr die weißen, schäumenden Blütenwolken der Kirschenblüte legt. Jenseits ziehen die Köhntzer Höhen entlang, das „Sächsische Nizza“, dessen alte Weinterrassen sich mit der zarten Stickerie der Erdbeerblüte und dem rosigen Flor der Pfirsichblüte schmücken. Und dann gleitet die Elbe unter den Schloßern Scharfenberg und Siebeneichen, an den gestuften Rebhängen des Spaargebirges entlang auf Meissen zu. Im Herbst, um die Mostzeit, begleiten Gefänge aus rotem Laub und Buntfeuer über abendlichen Höhen ihren Abschied.

Grüne Täler sind in die blumenreichen, girlandengeschmückten Tribünen der sanftgewölbten Berge eingeschnitten. Ueber den Hängen breiten sich in auf- und absteigenden Linien die Ebenen. In diesen Tälern, auf diesen Höhen liegen ringsum, in wechselvoller Landschaft, die sonntäglichen Ausflugsziele der Dresdner: Moritzburg und Großsedlitz, Weesenstein und Pillnitz, die stundenweiten Wälder der Dresdner Heide, die grünen Hallen von Tharandt, blanke Leichspiegel auf der Ebene und Mühlen in den schattigen Buchten der Täler. Die Steinkluffe der Sächsischen Schweiz, die Kuppelberge der Lausitzer Hochebene und die langen Berggrücken des Erzgebirges sind nahe genug, um auf einer Sonntagsfahrt erreichbar zu sein.

In dieser gesegneten Landschaft liegt Dresden. Der Strom, der sie schmückt, ist ihre Wiege. An diesen Ufern lag das slawische Fischerdorf, auf dessen Flur die Stadt heranwuchs, und in diesem Bogen der Elbe liefen die Straßen von weit her aus allen Landen zusammen und fanden hier den Uebergang über den Strom, den es durch eine Burg zu schützen galt. Im Schutze der Burg entstand die deutsch angelegte Stadt um den viereckigen Raum des heutigen Altmarktes, umgeben von slawischen Fischerfiedlungen, die bald von der wachsenden Stadt aufgesogen wurden.

Dresden, wie es heute vor uns liegt, ist in seinen entscheidenden Zügen eine Schöpfung des 18. Jahrhunderts. Unter August dem Starken, dem selbstwilligen, mit künstlerischem Sinn begabten Herrscher, setzte eine Bautätigkeit ein, deren Lebhaftigkeit und Großartigkeit für uns heute kaum faßbar ist. Das Bild der Stadt wird von Grund aus umgestaltet. Klengel baut das niedergebrannte Altendresden, die nunmehrige Neustadt, nach einem großzügigen, noch heute vorbildlichen Plane wieder auf. Pöppelmann errichtet das feinerne Wunder des Zwingers. Er baut das Japanische Palais. Unter seiner Leitung beginnt der Umbau der alten Augustusbrücke. Er entwirft Kirchen, Palais, Schlösser und Bürgerhäuser und drückt einer ganzen Stadt den künstlerischen Stempel auf. George Bähr wölbt die geschwungene Steinkuppel der Frauenkirche auf. Chiavari zaubert das graziose Barock der Hofkirche zwischen Brücke und Schloß. Das alles ist das Werk weniger Jahrzehnte, in denen gleichzeitig auch das bürgerliche Dresden ganz neu erstiebt, das barocke Dresden, das uns entzückt, wenn wir die Häuser und die Portale und Erker in den alten Gassen um Schloß und Frauenkirche und um den geschlossenen Raum des Altmarktes betrachten. Um diesen köstlichen Kern bauten spätere Zeiten weiter. Aus der alten Festungsmauer entstand die Brühlsche Terrasse, der „Balkon Europas“, Semper schloß den Zwinger Pöppelmanns mit seinem Galeriebau ab und stellte die Oper der Hofkirche gegenüber, Schinkel fügte die klassizistische Hauptwache hinzu, Wallof das Ständehaus, Erlwein den Neubau des Italienischen Dörfchens in Anlehnung an das „Dresdner

Barock“, Kreis gab der Augustusbrücke ihre heutige Gestalt. Und das Hotel Bellevue, hervorgegangen aus einer ehemaligen Zuckerrabrik, schließt zurückhaltend und angenehm einen der schönsten Plätze Europas ab. Spätere Zeiten haben mit dem turmartig umbauten Schornstein des Fernheizwerkes, der überladenen „Pracht“ der Kunstakademie, den Riesenkästen der Ministerien, dem an sich guten, aber an falscher Stelle errichteten Packhofgebäude und der orientalischen Glaskuppel einer Zigarettenfabrik viel in diesem Stadtbilde verborgen. Aber unbesiegt und unübertroffen stehen die Wahrzeichen Dresdens am Strome: Frauenkirche und Hofkirche, Terrasse und Schloß, Oper und Zwinger — ein köstlicher Mittelpunkt, zu dem es den Fremden unwiderstehlich zieht und von dem aus er langsam und beschaulich das rundum ausgebreitete Dresden durchwandert, um schließlich unter den alten Baumkuppeln des Großen Gartens in kieselbestreuten Kaffeegärten auszuruhen und beglückt zu empfinden: Dresden ist eine der schönsten Städte Deutschlands.

Das tätige Dresden.

Dresden ist nicht nur eine schöne, es ist auch eine tätige Stadt. Längs der großen Eisenbahnlagen, die als Adern des Weltverkehrs ins Herz der Stadt führen und Dresden mit Berlin und Wien, Leipzig, Breslau und München verbinden, und längs der Elbe, der blanken Gasse zum Meere, auf der die Lastkähne nach Hamburg schwimmen, ziehen sich in stundenlangen Ketten die industriellen Werke hin, in denen so ziemlich alles entsteht, was Erzeugnis industrieller Produktion ist: Maschinen und Schokolade, Lederwaren und Konserven, Chemikalien und Zigaretten, Kartonnagen und Motoren, Möbel und Emaillewaren, Klaviere und Gardinen, photographische Apparate und keramische Erzeugnisse, Gewächshäuser und Zellulose, Eisengußwaren und Ansichtskarten.

Fünf Industrien sind besonders charakteristisch für Groß-Dresden: Chemikalien, Kunstdruck, Schokolade, photographische Apparate und Zigaretten.

Industriedistrikte Dresden sind die Vororte. Stromauf zieht sich die planvolle Wirrnis von Fabriken, Speichern, Geleiseanschlüssen längs der Bahnstrecke nach Bodenbach-Wien bis nach Pirna hinauf, stromab bis an die Villenviertel der Köhntz heran, hinter denen um Coswig, an der Zweigstelle der vier Bahnstrecken Döbeln-Leipzig, Riesa-Leipzig, Röderrau-Berlin und Elsterwerda-Berlin ein zweites Industriezentrum sich ballt. Der Plauenische Grund, durch den die Züge nach dem industriellen Westsachsen und nach Nürnberg und München donnern, mit der jungen Stadt Freital im Mittelpunkt, ist bis an die Ränder seiner Bergwände bebaut mit Mühlen und Profabrikten, Hüttenwerken und Eisengießereien, Brauereien und Bergwerken. Und an der Linie nach Breslau ist auf dem Gelände und in den Gebäuden der ehemaligen Artilleriewerkstätten der vierte Strang industriellen Lebens entstanden, der erst vor den Wäldern der Dresdner Heide halt macht, an deren Rande um die Hellerauer Werkstätten für künstlerischen Hausrat die Gartenstadt Hellerau grünt und hinter denen die Glashütten Radebergs qualmen.

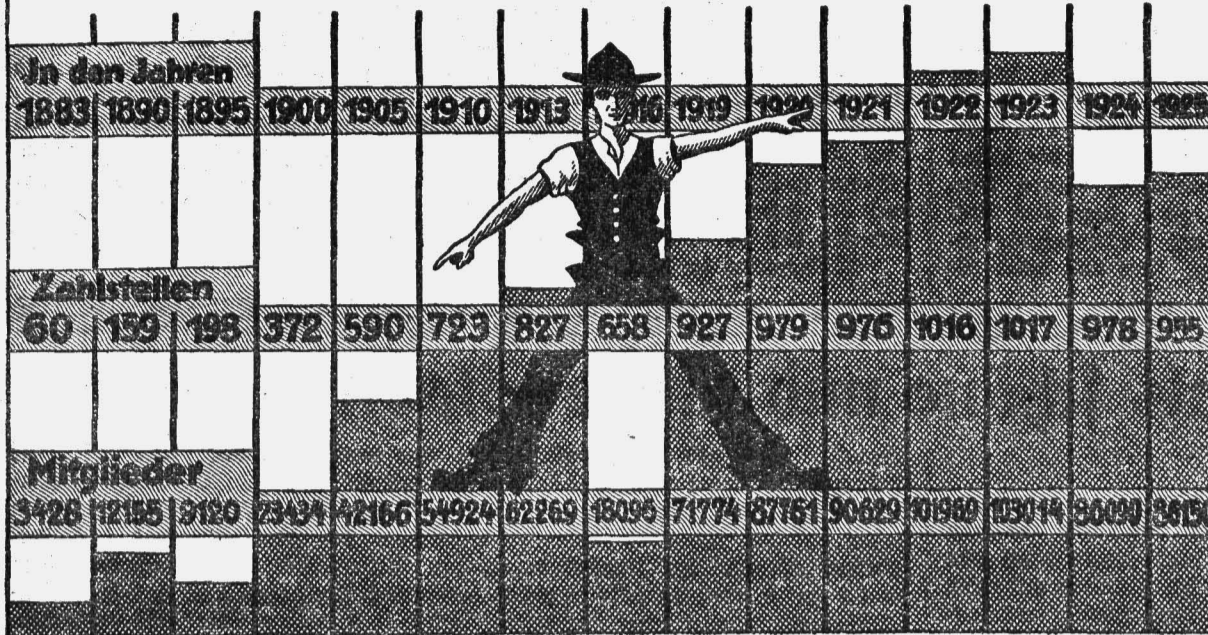
In diesen Fabriken schaffen die Arbeiter, die die gedrängten Vorstädte Dresdens bestedeln, und wer am frühen Morgen oder um die Stunde nach Fabrikshluß die Vorortzüge und die Straßenbahnen besteigt, mit dem oder dem entgegen strömt das dunkle Heer der Arbeiter und Arbeiterinnen, ein anderes Dresden, von dem der Fremde, der vormittags mit dem Bäcker in der Hand durch die Museen bummelt und abends am Rande kühler Wälder auf dem Weißen Hirsch sitzt, nichts weiß.

Dresdens doppelte Geltung als kulturelles und wirtschaftliches Zentrum, als schöne und als tätige Stadt machte es als Ausstellungstadt besonders geeignet. Bedeutende Ausstellungen in den letzten Jahren vor dem Kriege, vor allem die vorbildliche Hygieneausstellung von 1911, haben ihren Ruf in dieser Beziehung in alle Welt getragen. Nach dem Kriege hat auch dieser Zweig ihres Lebens neu zu grünen begonnen. Die „Jahreschau Dresden“ als eine Reihe von jährlich sich folgenden Sonderausstellungen ist 1922 mit der keramischen Ausstellung begonnen, 1923 mit der Ausstellung Spiel und Sport, 1924 mit der Textilschau, 1925 mit der Ausstellung Wohnung und Siedlung und gegenwärtig, 1926, mit der großzügigen und prachtvollen Gartenbau-Ausstellung fortgesetzt worden. Der jetzigen Ausstellung wird sich im Juni noch eine vorzüglich und gewählt beschickte Internationale Kunstausstellung angliedern.

Der Ausstellungspalast, ein Bauwerk aus bankünstlerisch nicht sehr glücklicher Zeit, liegt einbezogen in das grüne Viereck des Großen Gartens, der auch den Botanischen und den Zoologischen Garten umschließt und unter dessen alten Bäumen so auch diese Betrachtung schließt — mit Recht; denn der Große Garten ist der Stolz des Dresdners, er ist „sein“ Garten, in den er jeden führt, der zu ihm auf Besuch kommt. Edgar Hahnwald.

MITGLIEDERBEWEGUNG

Die Anzahl der Zahlstellen u. die durchschnittl. Mitgliederzahl betrug:



Dresdens Bedeutung in der Arbeiterbewegung.

Wenn in vorstehendem Dresden als schöne und als tätige Stadt geschildert worden ist, müssen auch die Verdienste der Arbeiterschaft Dresdens in bezug auf die Gesamtarbeiterbewegung kurz Erwähnung finden.

Es darf als bekannt vorausgesetzt werden, daß die alte sächsische Hauptstadt eine Hochburg der Arbeiterbewegung darstellt und daß vor allem die Gewerkschaftsbewegung, auf der Höhe der Zeit stehend, ihren kulturellen Aufgaben vollauf gerecht geworden ist.

Die in allen Ländern rühmlichst bekanntgewordene sächsische Reaktion hat viel mit dazu beigetragen, daß sich eine selbstbewußte, starkgefügte Allgemeinerbewegung entwickelte, die den Stürmen der Gegner jederzeit Widerstand zu leisten in der Lage war.

Schon in der 1848er Bewegung stellte Dresden bei der politischen Umwälzung seinen Mann. Dies wirkte sich auch gewerkschaftlich dadurch aus, daß schon in diesem Sturmjahre die Buchdrucker, die Tabakarbeiter, Schlosser und Feuerarbeiter Lohnforderungen bei ihren Prinzipalen mit Nachdruck vertreten konnten.

Die Drangsalierungen während der Dauer des Sozialistengesetzes schlugen schwere Wunden und forderten große persönliche Opfer auch aus den Reihen der Dresdner Werkstätten, so daß mit allem Raffinement versucht werden mußte, die allgemeine Arbeiterbewegung aufrechtzuerhalten.

Diese Druckmittel festigten den Willen und die Energie so stark, daß nach Fall des Sozialistengesetzes auch in den Dresdner Arbeiterkreisen der Organisationsgedanke sofort wieder Fuß faßte und zum Erstarken der Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung führte.

Die dem im Jahre 1893 gegründeten Dresdner Gewerkschaftskartell angehörenden Verbände entwickelten sich zahlenmäßig sehr gut und kann auch die innere Festigkeit trotz Einwirkung der verschiedenartigsten Stürme als unerschütterlich bezeichnet werden.

Soweit der Opferwille der Dresdner Arbeiterschaft in Anspruch genommen werden mußte, sei es für innere Kämpfe oder solche des Auslandes, war stets eine Solidarität zu verzeichnen, die sich nicht in papiernen Resolutionen, sondern in der Ueberweisung von Barmitteln auswirkte.

Die gleiche Solidarität ist bei allen aufgezwungenen Streiks und Maßnahmen zutage getreten, womit der Beweis erbracht ist, daß die Dresdner Arbeiterschaft als Kampfstuppe für die allgemeine Bewegung angesehen werden kann.

Da in früheren Jahren Sachsen als Proberland für die reaktionären Pläne der Unternehmerorganisationen auserkoren war und die Arbeiterschaft Sachsens und speziell Dresdens fast restlos die Schläge zu parieren verstand, kann wohl ohne Ueberhebung gesagt werden, daß dies wesentlich dazu beigetragen hat, für die Arbeiterschaft des Reiches schwere Unterdrückungen und Entfremdungen abgewehrt zu haben.

Der Ausbau aller Organisationen gibt heute die Gewähr, daß jederzeit die Kampfswaffen so geschärft werden, daß mit dem Gegner die Klinge gekreuzt werden kann und ist zu hoffen, daß auch der Verbandstag der Zimmerer, der vom 16. bis 21. Mai in Dresden seine Tagung abhält, im Interesse seiner Mitglieder Beschlüsse faßt, die das Vertrauen zur Organisation in allen Reihen so festigen, daß sie auch fernerhin als ein Bollwerk im Wirtschaftskampfe gilt.

Der englische Generalstreik.

Nachdem die Verhandlungen zwischen den Unternehmern und Arbeitern im englischen Kohlenbergbau endgültig gescheitert sind, haben die englischen Gewerkschaften den Generalstreik aufgerufen, durch den in der Hauptsache neben dem Kohlenbergbau die Eisen- und Stahlindustrie und das Verkehrswesen betroffen wird. England steht in einem Riesenkampf, dessen Ausgang aber für die gesamte europäische Arbeiterschaft von grundsätzlicher und weittragender Bedeutung ist.

Die englische Regierung hatte bis zum 1. Mai 1926 den britischen Bergbau in der Art subventioniert (mit Geldmitteln unterstützt), daß sie die Differenz zwischen dem Bergarbeitertariflohn und dem von den englischen Grubenbesitzern tatsächlich gezahlten niedrigeren Lohn aus Staatsmitteln deckte. Eine solche Regelung entlastete vor allen Dingen das Lohnkonto der englischen Bergbauunternehmer und ermöglichte eine künstliche Rentabilität der Gruben und einen vermehrten Abfluß britischer Kohlen ins Ausland. Die Subventionspolitik der englischen Regierung war also durchaus produktionsmäßig zugunsten der englischen Bergbauindustriellen, die immer wieder betonten und auch buchmäßig nachwiesen, daß der englische Bergarbeitertariflohn für sie nicht tragbar ist. Dieses Geständnis ist aber zugleich das Eingeständnis der Unrentabilität der englischen Gruben, und so ergab sich für England die zwingende Notwendigkeit, seinen Bergbau zu sanieren, den technischen Umstellungsprozeß vorzunehmen. In dem englischen Lohnkonflikt stellen sich somit die bekannten Schwierigkeiten des Rationalisierungsprozesses dar, wie sie in ganz ähnlicher Form der deutsche Bergbau und auch andere Industrien in Deutschland und auch in andern Ländern zu überwinden haben. Die englischen Kohlensubsidien, die bis zum 1. Mai 1926 gezahlt wurden, haben aber das Ergebnis gezeitigt, daß der Umstellungsprozeß komplett wurde. Hier zeigen sich recht bedenkliche Folgen des englischen Protektionismus, die keineswegs zur Nachahmung reizen. Selbstverständlich ist man sich in England sowohl in Kreisen der Regierung als auch in Kreisen der Unternehmer und Arbeiter klar, daß die Rationalisierung des englischen Bergbaues vorgenommen werden muß. Das beweist insbesondere der Bericht der englischen Kohlenkommission. Der Streit geht auch in Wirklichkeit nur darum, wer die Kosten des Rationalisierungsprozesses tragen soll. Den englischen Grubenunternehmern kommt es vor allen Dingen auf die Sicherung der Dividende während der Zeit der Rationalisierung an. Diese Dividende kann aber nur aus dem Kohlenbergbau herausgewirtschaftet werden, wenn die englische Kohle die bisherigen Auslandsmärkte behaupten kann. Zu behaupten sind diese Märkte aber nur mit Hilfe des gesenkten Kohlenpreises, wie das bis jetzt auf Grund der Staatszuschüsse für den englischen Bergbau möglich war.

Die Rechnung der englischen Bergbauindustriellen ist nun höchst einfach: die Mittel für ein Kohlendumping sind für die Zukunft entweder durch weitere Zahlung von Kohlensubsidien oder durch eine starke Lohnreduktion zu beschaffen. Bringt man aber mit der sehr wahrscheinlichen Kohlensubvention auch eine Lohnreduktion zustande, dann hat man zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen, dann hat man einen Erfolg von grundsätzlicher Bedeutung errungen — gegenüber der Arbeiterschaft. Ein solcher Sieg des englischen Bergbauunternehmertums wird das Signal für alle Industrien werden, die Kosten der kommenden Wirtschaftsreorganisation auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Es ist bekannt, daß

nicht nur in England, sondern auch in andern Ländern das Unternehmertum auf einen solchen Ausgang des englischen Bergbaukonflikts wartet und rechnet. Wenn man sich in den europäischen Kohlenzentren rüftet, um dem englischen Kapitalismus durch Kohlenverschiffungen nach dem Inselreich beizupringen, sind dafür nicht reine Erwerbsgründe maßgebend. Es sprechen hier vielmehr ideale Gründe, Gründe der gemeinsamen Masseninteressen mit. Sollte die Entscheidung in England zugunsten des Unternehmertums ausfallen, so wird sie der Ausgangspunkt für eine ungeheure sozialreaktionelle Welle sein, unter der besonders der Lebensstandard der europäischen Arbeiterschaft leiden würde. Gerade die deutsche Arbeiterschaft muß sich über den Zusammenhang im Klaren sein, und es ist verständlich, wenn das offizielle Organ des deutschen Bergarbeiterverbandes einen Aufruf veröffentlicht, in dem es unter anderem heißt: „Getreu dem Brüsseler Beschluß, daß für den Fall eines Kampfes in England zunächst internationale Maßnahmen getroffen werden, um den Transport von Kohlen nach Großbritannien zu verhindern, wird der Bergarbeiterverband alles tun, was in seiner Kraft steht, diesem Beschluß Rechnung zu tragen. Er hat sich zu diesem Zwecke mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und mit den andern für diese Frage in Betracht kommenden Verbänden in Verbindung gesetzt und wird mit diesen die zu treffenden Maßnahmen beraten. Inzwischen müssen aber auch die deutschen Bergarbeiter das ihrige tun, um den englischen Kameraden zu helfen, besonders wenn das, was von ihnen verlangt wird, in ihrem eigenen Interesse liegt. Kameraden, wehrt euch gegen jeden Versuch, euch Ueberlichkeiten aufzuzwingen! Vergrößert nicht die Arbeitslosigkeit und die Preisstürzen im eigenen Lande und die Schwierigkeiten der englischen Kameraden! Wartet im übrigen das Ergebnis der Verhandlungen der zuständigen Organisationen ab. Weist die Einmischungen Unberufenen in dieser Frage zurück und laßt euch von keiner Seite zu unbefonnenen Schritten hinreißen!“

Es ist fast selbstverständlich, daß die bürgerliche Presse der deutschen Bergarbeiterschaft aus ihrer Haltung einen Vorwurf macht. Sie betrachtet die gegenwärtige Situation in England als gute Chance des deutschen Kohlenbergbaues, Märkte wiederzugewinnen, die Deutschland während der Zeit der englischen Kohlensubventionen verloren hat. In der Stellungnahme der deutschen Bergarbeiter sieht man wieder einmal „ein in den Rücken fallen der deutschen Wirtschaft“ durch die deutsche Arbeiterschaft. In Wirklichkeit wird der deutschen Wirtschaft aber durch die Politik des deutschen Bergarbeiterverbandes, die die Kohlenpreiskalkulation des englischen Konkurrenten von einem drohenden Lohndumping befreit, mehr gedient sein, als durch einen Aufmarsch in Auslandsmärkte, die sich niemals behaupten lassen, wenn sich die Lohnpolitik des englischen Unternehmertums durchsetzt.

Die englischen Bergarbeiter haben die Gefahr, die dem europäischen Lebensstandard durch die beabsichtigten Lohnreduktionen der englischen Bergbauindustriellen droht, klar erkannt. Sie sind in den Riesenkampf eingetreten, um die drohende Gefahr abzuwehren. Sie sind also vortrupp in einem Kampf, der die ganze Arbeiterschaft angeht. Deshalb ist die gemeinsame Abwehr und Kampfesfront eine Selbstverständlichkeit.

Der Bundesausschuß des ADGB. zum Generalstreik in England.

Der Ausschuß des ADGB. trat am 7. Mai zu seiner dritten Tagung im Reichswirtschaftsrat zusammen. Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung wies der Vorsitzende des ADGB., Leipart, mit eindringlichen Worten auf die Angelegenheit hin, die in der letzten Zeit die Gefahr erneuter Vorstöße der rechtsgerichteten Organisationen gegen die Reichsverfassung, gegen den Bestand der deutschen Republik wahrnehmbar erscheinen lassen. Die Flaggenverordnung der Reichsregierung zeigt deutlich, wohin der Kurs geht. In den letzten Wochen tauchen Gerüchte über Putzschabsichten auf, die die ernsteste Wachsamkeit der Gewerkschaften in allen Teilen des Reiches zur Pflicht machen. Die Absicht der Reichsregierung, die Versammlungsfreiheit für Versammlungen unter freiem Himmel zu beschneiden, weist in die gleiche Richtung, ebenso die Bestrebungen des Reichswehrministeriums, sämtlichen politischen Vereinen die Benutzung reichseigener Gebäude zu verweigern. Dabei ist bemerkenswert, daß unter diesen Vereinen eine Gewerkschaft wie der Deutsche Musikerverband und die Arbeitersportvereine aufgeführt werden. Zu allen diesen Bestrebungen, insbesondere aber zu dem jeder Begründung entbehrenden Beschluß der Reichsregierung, die alte Reichsflagge im Ausland neben der Fahne der Deutschen Republik wieder zur Geltung zu bringen, können die deutschen Gewerkschaften nicht schweigen.

Leipart legte daher dem Bundesausschuß folgende Protestentschließung vor, die der Bundesausschuß einstimmig annahm:

„Der Bundesausschuß erhebt namens der Millionen organisierter Arbeiter einmütig den entschiedensten Protest gegen die neue Flaggenverordnung, die gegen den Sinn und Wortlaut der Verfassung die Monarchistenfahne wieder aufleben lassen und die Fahne der Republik herabsetzen soll. Daß mit der Verwirklichung dieses monarchistischen Strebens gerade im Ausland begonnen wird, zeigt deutlich die Absicht, der Deutschen Republik einen Schlag zu versetzen und muß zur Folge haben, daß das mühsam wiedererlangte Vertrauen des Auslandes zu der Aufrichtigkeit der Friedenspolitik Deutschlands wieder zerstört wird.“

Die Gewerkschaften haben durch ihre internationalen Verbindungen in den letzten Jahren in hohem Maße dazu beigetragen, ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen dem ehemals feindlichen Ausland und dem deutschen Volke wieder herbeizuführen. Sie protestieren deswegen laut und entschieden dagegen, daß ihnen durch die Herabsetzung der Zeichen der Republik dieser Erfolg wieder beraubt werden soll. Gegenüber diesem Streich der Regierung geloben die Gewerkschaften aufs neue ihre unwandelbare Treue zur republikanischen Verfassung des neuen Deutschlands und ihre feste Entschlossenheit, allen reaktionären Gelüsten die geschlossene Macht der Arbeiterschaft entgegenzustellen.“

In seinem Bericht zum Hauptpunkt der Tagesordnung, finanzielle Unterstützung der englischen Ge-

werkstätten, gab Leipzig in großen Zügen ein Bild der durch den Kampf in England geschaffenen Lage. Nach einem Überblick über die vom Internationalen Gewerkschaftsbund und die vom Bundesvorstand sowie den in Betracht kommenden Verbänden eingeleiteten Maßnahmen zur organisatorischen Unterstützung der englischen Arbeiter besprach er die Möglichkeiten, die für die deutschen Gewerkschaften bestehen, den Kampf der englischen Gewerkschaften auch finanziell zu unterstützen. Er machte im Namen des Bundesvorstandes den Vorschlag, auf dem Wege über die Ortsausschüsse eine Sammlung für die englischen Kameraden in die Wege zu leiten und durch eine nachdrückliche Propaganda auf die Bedeutung dieses Großkampfes auch für die deutsche Arbeiterschaft hinzuweisen, um den Erfolg der Sammlung sicherzustellen. In der Aussprache, in der von allen Verbandsvorständen auf die ernste Lage, in der sich die deutschen Arbeiter infolge der Wirtschaftskrise befinden, sowie auf die finanziellen Anforderungen hingewiesen wurde, die im Hinblick auf kommende schwere Arbeitskämpfe in Deutschland zu erwarten sind, kam der einmütige Wille der deutschen Gewerkschaften zum Ausdruck, den englischen Gewerkschaften auch finanziell zu helfen. Der Bundesauschuß nahm einstimmig folgende Entschließung an:

„Der Bundesauschuß erklärt einmütig seine volle Bereitschaft, die englischen Gewerkschaften in der erfolgreichen Durchführung ihres großen Kampfes nach Möglichkeit zu unterstützen. In der Erkenntnis, daß der Ausgang des Kampfes auch auf die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse entscheidenden Einfluß haben kann, ruft der Bundesauschuß die Arbeiter Deutschlands auf, trotz der eigenen schwierigen Lage ihr Bestes zu tun, um den englischen Arbeitsbrüdern Hilfe zu leisten und so auch in diesem Falle die altbewährte internationale Solidarität durch die Tat zu beweisen.

Der Bundesvorstand wird ermächtigt, die von ihm vorbereitete allgemeine Sammlung schnellstens zur Durchführung zu bringen. Die Ortsausschüsse des ADGB in ganzen Reichweite werden verpflichtet, die für diesen Zweck bestimmten Sammellisten des Bundes sofort in Umlauf zu setzen. Andere Sammellisten als diejenigen des ADGB sind in jedem Falle zurückzuweisen.

Alle Gelder sind zwecks Übermittlung an den IGB an die Bundeskasse des ADGB, in Berlin abzuliefern.

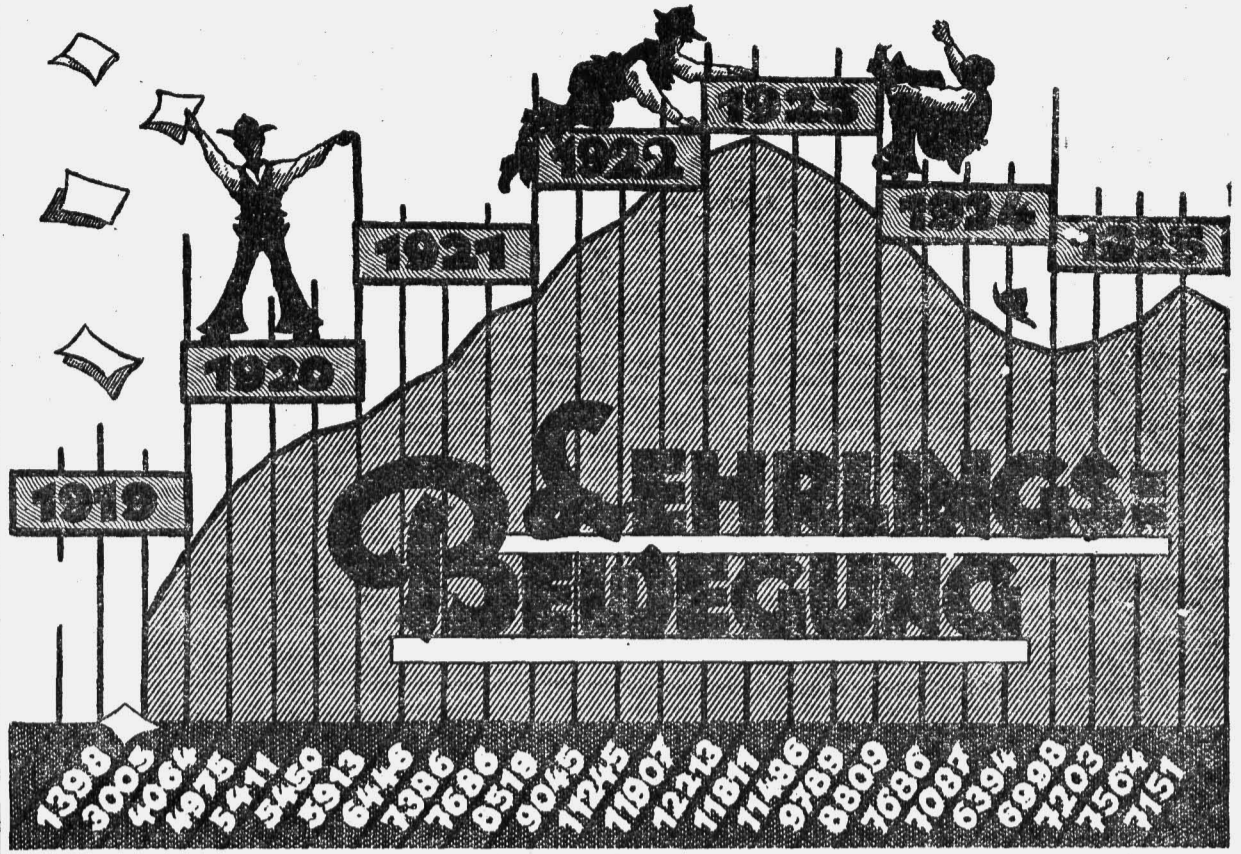
Der anwesende Vertreter des Allgemeinen freien Angestelltenbundes erklärt im Namen seines Vorstandes, daß seine Organisation diesem Beschluß beitrete und ihre Mitglieder auffordern werde, auf die vom Bundesvorstand herausgegebenen Sammellisten zu zeichnen

Arbeitsertrag und Lebenshaltung.

Die Arbeit des Menschen hat ihren Ursprung in dem jedes Lebewesen beselnden Selbsthaltungstrieb. Wie bei den Tieren beschränkte sich die menschliche Arbeit ursprünglich lediglich auf die Aneignung dessen, was die Natur freiwillig als Nahrung bot. Erst im Verlaufe einer Tausende von Jahren dauernden Entwicklung nahm die Arbeit einen produktiven Charakter an, das heißt, der Mensch gelangte auf Grund der gesammelten Erfahrungen und wachsenden Naturerkenntnis dazu, mit Unterstützung von ihm erfundener Werkzeuge durch planmäßige Tätigkeit sein Dasein von den Launen des Zufalls unabhängig zu machen. Als besonderes Mittel, die Arbeit zu erleichtern und fruchtbar zu gestalten, diente schon in den ersten Anfängen der gesellschaftlichen Entwicklung die Arbeitsteilung. Ihrer fortgesetzten weiteren Ausbildung und Verfeinerung verdankt die Menschheit den technischen und kulturellen Aufstieg, die gegenwärtige, unsern Vorfahren unvorstellbare, ans märchenhafte grenzende Ergiebigkeit der Arbeit.

Einer der wichtigsten Abschnitte in der Entwicklungsgeschichte der Arbeit fällt in die Zeit des vorigen Jahrhunderts. Kennzeichnend wird es durch die Erfindung der Dampfmaschine und in Verbindung mit ihr der Einführung der Werkzeugmaschine. Die Folge war eine gewaltige technische und wirtschaftliche Umwälzung. Denn bis dahin herrschte die Handarbeit vor. Für den Antrieb von mechanischen Werkzeugen standen nur die elementaren Kräfte des Wassers sowie des Windes zur Verfügung, deren Anwendung jedoch bei dem Stande der damaligen Technik örtlich sehr begrenzt blieb. Die Benutzung der Dampfkraft beseitigte diesen Mangel und gestattete die vielseitigste Verwendung. Diese ließ nicht auf sich warten. Im Jahre 1840 verfügte Deutschland an motorischen Kräften über rund 40 000 Dampfpferdestärken. Die Anwendung der Elektrizität war zu jener Zeit noch unbekannt. Bis zum Jahre 1860 vermehrten sich die motorischen Kräfte auf 860 000 Pferdestärken. Dann setzte unter dem Hinzutreten der elektrischen Kraftzeugung eine gewaltige, alles Vorangegangene überbietende Steigerung ein, so daß 1914 bereits 7,8 Millionen Dampf- und 8 Millionen elektrische Pferdestärken vorhanden waren. Rechnet man die Pferdekraft gleich der Kraft von 10 Männern, so standen dem deutschen Volke bereits zu jener Zeit 160 Millionen motorische Arbeitskräfte zur Verfügung, das heißt, jeder einzelne Volksgenosse konnte über drei eiserne Klaven gebieten, die unausgeseht für ihn tätig waren. Die Warenerzeugung nahm infolge der raffinierten Ausbildung der Werkzeugmaschinen, der fortschreitenden Arbeitsteilung und Verdrängung der Handarbeit einen riesenhaften Aufschwung.

Dabei blieb jedoch die Entwicklung der Produktion nicht stehen. Unter dem Einfluß von Wissenschaft und Technik wurde die Ergiebigkeit der Arbeit unausgeseht weiter gesteigert, und gegenwärtig ist die deutsche Industrie, angetrieben durch die industrielle Entwicklung Amerikas sowie die dort angewendeten Arbeitsmethoden daran, durch weitere Rationalisierung und Beschleunigung des Arbeitsprozesses die Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeit noch höher zu treiben. Der gleiche Vorgang vollzieht sich in allen Ländern, in denen in den letzten Jahrzehnten eine Industrie entstand. Was das bedeutet, läßt sich daran erkennen, daß man schon vor dem Kriege die Industrie Deutschlands, Englands und Nordamerikas für leistungsfähig genug erachtete, die gesamte Menschheit in ausreichender Weise mit ihren industriellen Erzeugnissen zu



versorgen. Doch selbst wenn das nicht möglich wäre, stünde technisch kein Hindernis im Wege, die erzeugte Warenmenge bis zur völligen Befriedigung des Bedarfs zu vervielfältigen, die Leistungsfähigkeit der Arbeit so zu steigern, daß alle Menschen sich reichlich ernähren, ausreichend kleiden, gesund wohnen und menschenwürdig leben können. Im Gegensatz zu der Auffassung eines Malthus, daß die Ergiebigkeit der Arbeit nicht genügt, um Glend und Not von den Menschen fernzuhalten, besteht so durchaus die Möglichkeit, daß alle ihren Tisch gedeckt finden.

Betrachten wir hingegen die Lage derjenigen, von denen die gesellschaftliche Arbeit geleistet wird, die alle die zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse dienenden Güter erzeugen, so ist in ihrer Lebenshaltung von einer Steigerung des Arbeitsertrages sehr wenig zu bemerken. Ganz unberührt von der wachsenden Produktivität der Arbeit ist die Lebenshaltung der arbeitenden Massen zwar nicht geblieben. Sie hat sich aber im Verlaufe der letzten 50 Jahre bei weitem nicht in dem Maße verändert, wie es dem technischen Fortschritt und der Steigerung des Arbeitsertrages entsprechen müßte. Das Volkseinkommen wie Volkseinkommen ist in Deutschland beträchtlich gestiegen. In den Jahren von 1890 bis 1914 wuchs schätzungsweise das jährliche Volkseinkommen von 22 auf 45, das Volkseinkommen von 250 auf 400 Milliarden. Gegenwärtig wird das Volkseinkommen auf 52 bis 60 Milliarden Mark geschätzt, was für eine vierköpfige Familie ein Jahreseinkommen von 3200 bis 4000 M ergeben würde. Daß eine Arbeiterfamilie dieses Einkommen erzielt, ist ausgeschlossen; denn nach der Reichsstatistik über die Tariflöhne im Februar 1926 betrug der durchschnittliche Jahreslohn bei regelmäßiger Beschäftigung und voller Arbeitszeit in den Produktionsmittelindustrien für gelernte Arbeiter 2355 M, für ungelernete Arbeiter 1703 M; in den Verbrauchsgüterindustrien für Gerlerte 1938 M, für Angelernte 1659 M. Unter den gleichen Voraussetzungen stellte sich der Jahreslohn der Arbeiterinnen in der Textilindustrie für Gerlerte auf 1205 M, für Angelernte auf 930 M, und in der Rationagenindustrie für Gerlerte auf 1274 M und für Angelernte auf 1049 M. Also selbst unter den günstigsten Bedingungen sowie bei Zusammenarbeit von Mann und Frau wird der auf eine vierköpfige Familie entfallende durchschnittliche Teil des Volkseinkommens nicht erreicht, ganz abgesehen davon, daß derart günstige Arbeitsvoraussetzungen nur in ganz seltenen Fällen vorhanden sind.

Die vorstehend angeführten Durchschnittslöhne können vielleicht noch hoch erscheinen, was aber nicht der Fall ist. So betrug zum Beispiel im Jahre 1914 der Durchschnittslohn für die gelernten Werkstattdarbeiter bei der württembergischen Eisenbahnverwaltung 1853 M, für die Hilfsarbeiter 1524 M. Dieser Lohn kann auch für die übrige Arbeiterschaft als typisch gelten. Berücksichtigt man, daß die Lebenshaltungskosten nach dem Reichsindex um rund 50 % über dem Friedensstand stehen, so wäre ein Ausgleich der Lebenslage erst bei einer Lohnhöhe von 2779 beziehungsweise 2288 M gegeben. Tatsächlich beträgt der Durchschnittslohn gegenwärtig für die gelernten Werkstattdarbeiter nur 1953 M, für ungelernete 1703 M. Wesentlich günstiger stellen sich die Verhältnisse für die Erwerbslosen und Kurzarbeiter, deren Zahl während der Wintermonate durchschnittlich auf 4 Millionen Mark berechnet wurde. Nach den zur Zeit gezahlten Unterstützungssätzen der Erwerbslosenfürsorge beträgt das Jahreseinkommen einer vierköpfigen Familie in der höchsten Ortsklasse des Wirtschaftsgebietes I 765 M, im Wirtschaftsgebiet II 894 M und im Wirtschaftsgebiet III 963 M, vorausgesetzt, daß die Unterstützung ein ganzes Jahr gezahlt wird, was meist nicht zutrifft. Schon vor dem Kriege wurde durch Erhebungen der Gewerkschaften sowie durch Aufstellung von Haushaltlisten festgestellt, daß bei einem Einkommen von 1200 bis 1600 M nur eine äußerst dürftige Lebenshaltung bestritten werden konnte. Bei der bestehenden Teuerung des Lebensbedarfs wird dieser Rahmen erweitert und mindestens ein Einkommen von 2000 bis 2400 M für die Bestreitung des Lebensunterhaltes angenommen werden

müssen; ein Einkommen, das aber nur den wenigsten Arbeitern zur Verfügung steht und die ungünstige Lage der Arbeiterschaft erklärt.

Die Feststellung der Gewerkschaften bei Berechnung des Reallohnes der Arbeiter, daß sich ihr Anteil an dem Arbeitsertrage vermindert hat, ist also völlig berechtigt, was die Unternehmer jedoch nicht abhält, einen Abbau der Löhne zu verlangen. Daß dieser Zustand trotz aller Bemühungen der Gewerkschaften, die Lebenshaltung der Arbeiter zu heben, eintreten konnte, die Arbeiterschaft von den Erwerbslosen der Technik, der Steigerung des Arbeitsertrages nichts profitierte, hat seinen Grund einzig in der Un Sinnigkeit der bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsweise. Diese beruht darauf, daß für die Produktion von Waren nicht der Bedarf, sondern der Gewinn des Unternehmers als Maßstab der Produktionsmittel maßgebend ist. Steht ihm ein Gewinn in der von ihm beanspruchten Höhe nicht in Aussicht, so legt er die Produktion still oder schränkt sie ein; mögen die Arbeiter dabei zugrundegehen. Diesen Widerstand gilt es zu beseitigen, wenn die Steigerung der Arbeitsleistung auch für die Arbeiter von Nutzen sein soll. Das ist aber nur durch Hinwegräumung des bestehenden kapitalistischen Wirtschaftssystems und seine Umwandlung in die sozialistische Wirtschaftsordnung möglich. Dieses Ziel zu erreichen, müssen alle Arbeiter ihre Kräfte in der gewerkschaftlichen Organisation vereinigen. m.

Die Wohnungsnot als Problem der Volksgesundheit.

Seitdem das Problem der gesundheitlichen Förderung des Volkes immer mehr aus dem luftigen Bereich wissenschaftlicher Diskussionen zum Gegenstand praktischer Erwägungen geworden ist und die Überzeugung, in der Volksgesundheit den Gradmesser seiner allgemeinen Wohlfahrt zu suchen, an Raum gewonnen hat, fesselt man die dringende Notwendigkeit, die furchtbaren Schäden, die aus der Minderwertigkeit unserer Wohnverhältnisse am Gesundheitszustande des Menschen erwachsen sind, völlig auszumergen, in weitgehendem Maße eine Frage der nationalen Selbsthaltung. Und wer einmal die zahlreichen Beschreibungen des Wohnungselends durchgeblättert hat, wird sich der Einsicht, hier, und hier in erster Linie, alle tiefsten Hindernisse der gesundheitlichen Hebung suchen zu müssen, kaum entziehen können. Um aber einen konkreten Beweis dieser Auffassung nachzuweisen, sollen in den folgenden Zeilen die wissenschaftlichen Untersuchungen, die diese Behauptungen vertreten, in aller Knappheit vorgeführt werden.

Besonders eingehend sind die engen Beziehungen zwischen Wohnungsverhältnissen und dem gesundheitlichen Befinden der Menschen für den Gesundheitszustand und die Höhe der Sterblichkeitsziffern der Säuglinge untersucht und beobachtet worden. So ergab die statistisch peinlich gewissenhafte Forschung Dr. S. Liefmanns, daß die Stadtzentren Berlins eine relativ geringere Sterblichkeit der Säuglinge entgegen denjenigen Stadtteilen aufweisen, die an der Peripherie liegen, enger bebaut und dichter besiedelt sind. Auch Dr. Siegelberg stellte den kausalen Zusammenhang zwischen hohen Sterblichkeitsziffern der Säuglinge und minderwertigen Wohnungsverhältnissen fest. In Mühlentals-Glabbech starben in den drei heißesten Sommermonaten von insgesamt 2411 ein Jahr alten Kindern 200 an Ernährungsstörungen, davon in den 492 Häusern der Aktienbau-Gesellschaft von 172 Säuglingen nur 11 oder 6,4 %, während in den 214 Häusern von fünf dichter bebauten und bewohnten Straßenzügen bei 142 Säuglingen 18 oder 12,7 % Sterbefälle verzeichnet werden mußten. Die statistischen Zusammenstellungen R. Kuczynskis verfolgen ähnliche Erscheinungen noch weitgehend und weisen nach, daß die Säuglingssterblichkeit in Berliner Hinterhausfamilien, die im Jahre 1910 insgesamt 45 % der Gesamtbevölkerung er-

gaben, bis zu 70% hoch war —, das ist ein geradezu erschütterndes Beispiel für das geringe Verständnis, das die damals verantwortlichen Stellen einer rationalen, planvollen Menschenökonomie entgegenbrachten.

Weit wichtigere Schlüsse jedoch zeigen die Zahlen, die sich aus der Anzahl verfügbarer Wohnräume und der Zimmerbewohnung einer Familie, der Wohndichte also, fallen lassen. Dr. Chalmers, Arzt am amtlichen Gesundheitswesen Großbritanniens, veröffentlicht folgende Untersuchungsergebnisse englischer Verhältnisse, nach denen auf

Table with 2 columns: 'verfügbares Zimmer' and 'pro Tausend'. Rows show 1, 2, 3, and 4 available rooms.

Gesamterbeziffern kamen. Und in Berlin zeigten entsprechende Forschungen in Familien, denen 2 Räume, einschließlich Küche, zur Verfügung standen, eine 51,8% hohe Sterblichkeit der Säuglinge, in Familien mit 3 Wohnräumen 11,1 und in denen von vier und mehr verfügbaren Zimmern nur 2,1%. Uebereinstimmend ergeben beide statistische Zusammenstellungen hohe Sterblichkeitsziffern solcher Familien, die Wohnräume geringer Anzahl befaßen.

Wesentlich lauten die Veröffentlichungen des Berliner Arztes Dr. Levy, der 1000 Erstimpflinge, die er daraufhin betrachtet, nach Anzahl der von den Familienzugehörigen bewohnten Räumen in Gruppen einteilte, wobei er fand, daß von den 1000 Kindern im Alter von 5 bis 36 Monaten nur 2,2% frei von rachitischen Symptomen und 97,8% rachitisch affekt waren. Während 88 Haushaltungen mit einer Wohnbelegung bis zu 5 Personen noch 4 rachitische und 11 leichtere Kinder ergaben, mußten bei 42 untersuchten Impflingen mit der zugehörigen Wohndichte von 6 Personen schon keine rachitischen und nur fünf leichtere Kinder beobachtet werden.

Wenn demnach festgehalten werden darf, wie außerordentlich stark die Nachteile minderwertiger Wohnzustände gesundheitliche Gefährdung hervorrufen können, soll an Hand der deutschen Tuberkulosestatistik auf die Notwendigkeit, der sozialen Katastrophe, die dem gesamten Volkskörper droht, durch ein weitgehendes Bauprogramm vorzubeugen, wiederholt und eindringlich hingewiesen werden. Jedoch soll man sich bei Untersuchungen über Wirkungshäufigkeit der Wohnbeschränkung auf Zahl und Heftigkeit der Tuberkuloseerscheinung hüten, was besonders Dr. Alfons Fischer ausdrücklich betont, die Wohnungsminderwertigkeit als alleinigen Faktor der Erkrankung anzusehen. Vielmehr muß sie aus der Kombination aller Faktoren innerhalb der sozialen Umwelt aufgefaßt werden, von denen feilich Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse in erster Linie bedingend wirken.

Das Bild aber, das sich noch unter so beschränkten Beobachtungsgrenzen ergibt, ist, wie bekannt, geradezu trostlos. Und wenn schon Phillippovich vor Jahrzehnten nachwies, daß in den wohlhabenden Stadtbezirken Wiens nur 11,6, aber in den Innenbezirken dagegen 35 pro Tausend der Bevölkerung an Tuberkulose erkrankten, wie hoch müssen noch, trotz fortgeschrittener Fürsorge- und Behandlungsmaßnahmen, die Gesamterkrankungsziffern zu veranschlagen sein, die durch die Ernährungsschwierigkeiten und steigende Wohnmängel der Kriegs- und Nachkriegswirtschaft hervorgerufen werden. Nach der offiziellen Statistik in "Wirtschaft und Statistik" entfielen auf 1000 Personen der Bevölkerung Deutschlands folgende Sterblichkeitsziffern der Tuberkulose:

Table with 4 columns: Year (1910-1914), 1915-1919, 1920-1921, 1922-1924. Sterblichkeitsziffern der Tuberkulose.

Wie gesagt, sind das die Ziffern der offiziellen Statistik, die sehr vorsichtig abgewogen scheinen. Allgemein darf eine Entwicklungskurve der Tuberkulosesterblichkeit angenommen werden die in den Vorkriegsjahren einen allmählichen Rückgang zeigte, um während des Krieges sprunghaft anzusteigen und seit Kriegsbeendigung mit verbesserten Ernährungs- und Krankenbehandlungsverhältnissen langsam abzusinken. Aber wenn man dagegen die weniger günstigen Ziffern Preußens betrachtet, wo auf 1000 Lebende

Small table with 3 columns: 'im Jahre', 'Stadt', 'Land'. Data for years 1921, 1922, 1923.

also eine Zunahme der Tuberkulosegestorbenen gezählt wurde, kann man sich, ohne die Reichsziffern in Zweifel zu ziehen, großer Bedenken über den Gesundheitszustand des größten Bevölkerungssteiles nicht verschließen. Die Wohnungsmißstände, die gerade Preußen in erschreckend hohem Maße aufweist, tragen an dieser katastrophalen Zunahme ihr gerütteltes Maß an Schuld. Diese Annahme bekräftigen die Berichte aller sozial empfindenden Ärzte. Um einige Beispiele anzuführen, soll auf die statistischen Tabellen, die Chefarzt Dr. Köhler zusammengestellt hat, hingewiesen werden. Aus ihnen wird ersichtlich, daß von 1000 tuberkulosekranken Arbeitern, die in Heilbehandlung waren, 76,8% mit ihren Angehörigen vor der Einlieferung ins Krankenhaus in einem Bett schliefen. Allerdings sind das die Ziffern eines dicht besiedelten Industriegebietes. Aber den durchschnittlichen Prozentsatz solcher verheerender Zustände weitauß niedriger gesetzt, bleibt die Gefahr einer Volksseuche, die so entstehen kann, durchaus im Bereich katastrophaler Möglichkeiten. Auch Dr. Hagen, Stadtarzt in Höchst a. M., muß die Tatsache, daß der größte Prozentanteil der Tuberkulosekranken durch die Ueberfüllung der Wohnungen zu erklären sei, vollauf bestätigen. Im Jahre 1923 hatten von 581 Erkrankten seines Beobachtungsdistrikts 179 kein eigenes Bett, und die Erhebungen der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin vom Jahre 1922 ergaben mehr als 19 und ein Jahr später 16%

der Kontrollierten Patienten ebenfalls ohne eigenes Bett, wobei sich annähernd 8% geschlechtsranke Männer und Frauen fanden. Daß die völlig ungenügende Zahl der Wohnräume, die breitesten Volksschichten zur Verfügung steht, mit erhöhter Wohndichte erhöhte Ansteckungsgefahr im Falle einer Infektionskrankheit, die selbstverständlich nicht sofort als solche erkannt wird, bewirken müssen, darf als Allgemeinweisheit gelten.

Aber wie steht es um den Aufwand der Wohnräume, ihre Behaglichkeit und ihren Reichtum, den der größte Teil der Arbeiterschaft, aus der sich diese Schichten rekrutieren, als "eigen" nennt? Die Reichswohnungszählung 1918 ergab in Neukölln 81,91, Berlin 76,59 und Breslau 72,24% der Wohnungsgesamtzahl, die aus nur 1 oder 2 Zimmern bestanden. Gewöhnlich muß noch zur Aufbesserung der Haushaltskosten ein Schlafgänger oder Untermieter mit untergebracht werden. Die vierte Auflage des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften gibt für das Jahr 1906 auf 100 Haushaltungen folgende Uebersicht der Unter- und Einmietungen bekannt: Leipzig 23,7, Kiel 21,6, Hamburg und Charlottenburg 20,8, Altona 20,0, Berlin 19,6, Düsseldorf 14,5, Breslau 14,1, Lübeck 11,5. Seitdem sind aber die Ziffern des allgemeinen Wohlstandsindex bedeutend gefallen und die Dringlichkeit, Untermieter hereinzunehmen, wird sich erhöht, damit die Wohndichte steigend zugenommen haben. Als Beispiel der durchschnittlichen Entwicklung soll auf Nürnberg hingewiesen werden, wo die

Wohnungssuchenden, bestehend aus 15 800 Personen, die 12 764 Räume vermittelt wünschten, in

Table with 2 columns: '1525 Fällen durch Ueberfüllung der Wohnung', '1395 " " Heiratsabsicht', etc.

das Wohnungsamt beanspruchen mußten. Einmal also dadurch, daß der Krieg die Bautätigkeit brachlegte, andererseits durch erhöhte Abwanderung der ländlichen Bevölkerung nach industriellen Zentren, nicht zuletzt durch Zunahme der Neugründungen von Haushaltungen, mußten die Einwirkungen der Kriegswirtschaft auf den Wohnungsmarkt gesucht werden. Auf 1000 der Bevölkerung kamen im Jahre 1913 noch 7,7, aber 1920 schon 14,6 und 1921 mit einem kleinen Rückschritt 11,9 Ehegeschiedungen, die gewiß, sobald die ersten stürmischen Nachkriegsjahre überbrückt sind, auf annähernd die Vorkriegsziffern fallen werden, aber den Wohnungsmarkt weitestgehend belasten. Hinzu kommt die gesamte Zunahme der Bevölkerung, die nach "Wirtschaft und Statistik" trotz der erhöhten Kriegsterblichkeit folgende Ausbehnung entwickelt haben soll:

Table with 3 columns: 'Großstädte', 'Im Reich', '1910/19', '1919/25', '1910/25'. Population growth statistics.

Wenn man diesen Angaben auch mit Vorsicht gegenüberübersehen mag, kann man die Vermehrung des Volkes während der Nachkriegsjahre bei Aufstellung eines Bauprogramms nicht hoch genug einschätzen, und je weiter die Belegung des Baumarcktes hinausgeögert wird, um so einschneidender müssen die Schäden am gesundheitlichen Zustande des Volkes befürchtet werden.

Was aber ist die Folge der Notlosigkeit zuständigen Stellen gegenüber der Krise der Wohnungswirtschaft? Im Rudolf-Wirchow-Krankenhaus, Berlin, wurden 1921 schon 133, ein Jahr später aber bereits 250, das ist eine Jahreszunahme von 49%, an geschlechtsranke Kinder behandelt, wovon ein Teil vom Lande eingeschleppt worden sein soll. Karl Buch berichtet im April 1925, daß von 52 auf der dortigen Gonorrhöestation behandelten Kindern 21 innerhalb der Familie angesteckt wurden; davon schiefen 11 mit Familienangehörigen in einem Bett. Die Verwaltungsgruppe 3 der Stadt Wien stellte 34% der Patienten im Kindesalter fest die mit erkrankten Angehörigen ein Bett teilten. Und Victor Noack, dem mutigen Vorkämpfer der Wohn- und Bodenreform, wurde im November 1924 von der dermatologischen Station des Rudolf-Wirchow-Krankenhauses folgender Fall mitgeteilt: Hans S., 10 Jahre alt, leidet an Gonorrhöe. Aus dem Bericht der Schulärztin geht hervor: Vater Kohler, hat immer verdient, gibt zu Hause wenig Geld ab. Mutter vor 14 Tagen an Tuberkulose gestorben und hinterläßt 8 Kinder, von denen mehrere Geld verdienen und teilweise erschreckend elend sind. Bei 2 Mädchen ebenfalls positiver Gonokokkenbefund. Die ganze Familie geht in Lumpen und ist verlaugt. Sie wohnt in einer Laube, die aus Schlafraum und Küche besteht. Im Schlafraum 2 Betten und 1 Kinderdrachbett ohne jeden Bezug; in diesen 3 Betten schlafen 9 bis 10 Personen, darunter bisher die tuberkulosekranke Mutter und die 3 gonorrhöekranken Kinder. — Das ist die grauenhafte Frage, die hinter der angenehmen Glattheit statistischer Zahlen lauert!

Es ist ja untagbar leicht, entrüstet zu sein, so sehr leicht, den moralischen Zeigefinger zu zucken. Aber ehe man das wagt, sollte man sich fragen, was ist denn bisher eigentlich getan worden, um Proletariatswohnungen freundlicher und hell zu gestalten, die psychologische Basis die Voraussetzungen zu schaffen, die den Mut zur Ordnung, zur Rechtschaffenheit ja zur verantwortlichen Lebensbejahung selbst verbürge? Was ist getan worden, um die Volksgesundheit vor weiterer Zerrüttung zu schützen? Krankenhäuser und Heilungsstätten dürften dazu nicht genügen, und der bequeme Standpunkt, die Vesserung dem freien Spiel sozialer Kräfte anheimzustellen, muß mit allen Mitteln des politischen und wirtschaftlichen Kampfes wirkungslos gemacht werden. Es muß erzwingen werden, den Gehel zur Sicherung der Volksgesundheit dadurch anzulegen, daß der Baumarckte befehrt wird. Das ist nicht eine Frage des Klassen- oder Berufsegoismus, sondern das Bewußtsein der vollen Verantwortung für das Schicksal künftiger Generationen.

Kameraden! Zeichnet die Englandhilfe!

Wohnungserhebung von 1918 feststellte, daß von 95 123 besuchten Wohnungen 12 941 oder 13,59% an Untermieter abgemietet hatten. Die Durchschnittsbelegung pro Wohnung betrug 5,82 Personen; ein Fünftel aller Wohnungen war überbelegt.

Zum wiederholten Male soll hier ausgesprochen werden, daß die Anfänge der Wohnungsnot bereits in den Vorkriegsjahren zu suchen sind. Dem privaten Baukapital kam es darauf an, den Wohnungsmarkt knapp zu halten, um steigende Zinsätze hervorgerufen. Durch die böllige Brachlegung der Bautätigkeit während der Kriegszeit wurden dann freilich die Zustände gezeitigt, an denen wir noch auf Jahre hin zu tragen haben. Diese Rückwärtsentwicklung der Bautätigkeit illustriert eine Gegenüberstellung, die auf 1000 der Bevölkerung folgenden Reinzugang an Wohnungen feststellt:

Table with 4 columns: 'Stadt', '1909/13', '1920/24', 'Stadt', '1909/13', '1920/24'. Reinzugang an Wohnungen.

Mit Kriegsbeendigung blieben die Ziffern der Bautätigkeit auf unzureichende und geringe Ausdehnungen beschränkt, denn inzwischen war das Baukapital in hochverzinsliche Industrieanlagen abgewandert, und die gemeinnützige Bautätigkeit konnte nur langsam und unter größten Schwierigkeiten (Inflation) den Baumarckte beleben. Wieviel aber auf 1000 der gesamten Reichsbevölkerung Reinzugang an Wohnungen kam, zeigt eine Reichsstatistik wie folgt:

Table with 4 columns: Year, Reinzugang, 1921, 1922, 1923, 1924. Reinzugang an Wohnungen.

Demnach fielen, nach einer kurzen Konjunkturbelebung in den Jahren 1921/22, die Produktionsziffern der Bauwirtschaft in erneuertem Maße. Und wenn auch die vollständige Baueinstellung nicht behauptet werden kann, genügen die Ergebnisse der tatsächlichen Bautätigkeit nicht im geringsten der Wohnungsnachfrage. Im "Reichsarbeitsblatt" vom Oktober 1925 weist Ministerialrat Dr. Jmhoff darauf hin, daß ein Wohnungsfehlbetrag in Höhe von 600 000 Wohnungen besteht, der, soll die Wohnungsnot in 6 Jahren behoben werden, durch Herstellung von jährlich 250 000 Wohnungen ausgeglichen werden müsse. Andere Schätzungen belaufen sich auf noch höhere Ansätze. Daß trotzdem eine relativ unzureichende Befriedigung der Nachfrage vorhanden war, beruht von wirtschaftlichen und politischen Faktoren abgesehen, auf der Umschichtung innerhalb der Zusammenfassung der Bevölkerung.

Einen weitgehenden Einblick in die allgemeinen Richtungsstendenzen dieser Bewegung während der letzten Jahre, die das hohe Spannungsverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage des Wohnungsmarktes verschärft haben, gibt die Spezifizierung der Wohnungssuchenden zweier Städte. So kamen im Jahre 1921 in Wiefelb 3156 Nachfragen zwecks Wechfels auf den Wohnungsmarkt, und zwar infolge

Table with 2 columns: Reason for search, Number of cases. Reasons include Heiratsabsicht, Wohnung geringer Größe, etc.

Ferner zeigen die statistischen Zusammenstellungen des Wohnungsamtes Hagen in Westfalen, daß von 4089 Woh-

Verbandsnachrichten.

Unsere Lohnbewegungen.

Die "Bauwelt" und der Achtstundentag im Baugewerbe. Unter der Ueberschrift: "Acht Stunden 45 Minuten", bringt die "Bauwelt" in ihrer Nr. 17 vom 29. April folgende Notiz: "Nachdem die zentralen Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Reichstarifvertrages für das Baugewerbe in der Hauptsache an der Frage der Arbeitszeitregelung gescheitert waren, haben nunmehr in Bayern Verhandlungen über die Regelung der Arbeitszeit stattgefunden. In diesen Verhandlungen wurde für München folgende Arbeitszeit festgesetzt: Die tägliche Arbeitszeit beträgt in der Zeit vom 1. März bis zum 31. Oktober 8 Stunden 45 Minuten, vom 1. November bis zum 28. Februar 8 Stunden 30 Minuten." Die Leset dieser Notiz können natürlich zu gar keiner andern Auffassung kommen, als daß in München auf Grund einer Vereinbarung zwischen den beiderseitigen Organisationen der Achtstundentag beseitigt ist. Diesen Eindruck soll die Notiz auch hervorrufen, denn nicht ohne

Abfiacht läßt sie durchbliden, daß das, was an zentraler Stelle nicht gelingen wollte, nun für München durch örtliche Vereinbarungen erreicht worden ist.

Wie lautet nun die Münchner Vereinbarung über die Arbeitszeit? Wir lassen die Bestimmungen des Landeslarifvertrages im Wortlaut folgen:

„Für das Vertragsgebiet München und Umgebung beträgt die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit ausschließlich 48 Stunden.

Einzelung der Arbeitszeit Beginn Ende Täg. Arbeitszeit
Som 1. März bis 1. Nov. ... 7 Uhr 5 Uhr 8 1/2 Stunden
Mittagspause 11 1/2 bis 1 Uhr.
An Sonnabenden ... 7 Uhr 11 1/2 Uhr 4 1/2 Stunden

Wird in beiderseitigem Einvernehmen eine Frühstückspause eingeschaltet, so verkürzt sich um die Zeit der Frühstückspause die Mittagspause.

In München ist demnach an der achtundvierzigstündigen Wochenarbeitszeit festgehalten, nur daß die kürzere Arbeitszeit an Sonnabenden auf die übrigen Werttage umgelegt worden ist.

Fällt es wirklich so schwer, bei der Wahrheit zu bleiben?

Um den Lohnabbau in Bayern. Das zentrale Schiedsgericht hat bekanntlich für Bayern den Lohn der jugendlichen Facharbeiter und Hilfsarbeiter abgebaut, es ist damit den Wünschen der Unternehmer entgegengekommen.

Bayrischer Baugewerbeverband e. V., Sitz München.

A. 38/26. München, den 13. April 1926.

An sämtliche Mitglieder! Sehr wichtig! Aufheben! Laufend beantworten!

Eine große Anzahl von Ortsverbänden hat der vorgenommenen Lohnabbau nicht beifriedigt. Daran können auch die nachträglich vorgenommenen Ortsklassenberesetzungen zu unfern Gunsten nichts ändern.

Wir haben die Verpflichtung, bei jeder Gelegenheit, insbesondere bereits Ende Juni, wenn zu dieser Zeit wieder Lohnverhandlungen stattfinden sollten und müssen, darauf hinzuweisen, daß die jetzigen Löhne nicht tragbar sind und Arbeit nicht beschafft werden kann.

Wir müssen Sie deshalb bitten, uns über nachstehende Angelegenheiten fortlaufend auf dem Laufenden zu halten. Lassen Sie sich in Ihrem eigenen Interesse die Mühe nicht verdrießen und berichten Sie uns auch das geringste, damit wir der Sache nachgehen und auch in Zukunft mit Material antworten können.

- 1. Arbeiten Sie selbst unter Tariflohn?
2. Bieten sich Arbeiter unter Tariflohn an?
3. Stellt Sie die Bauherrschafft vor die Alternativen, einen Bau entweder unter Tariflohn zu übernehmen oder darauf zu verzichten?
4. Gaben Sie auf die Ausführung eines Auftrages verzichten müssen, weil Sie erklärten, Sie seien an den Tariflohn gebunden?

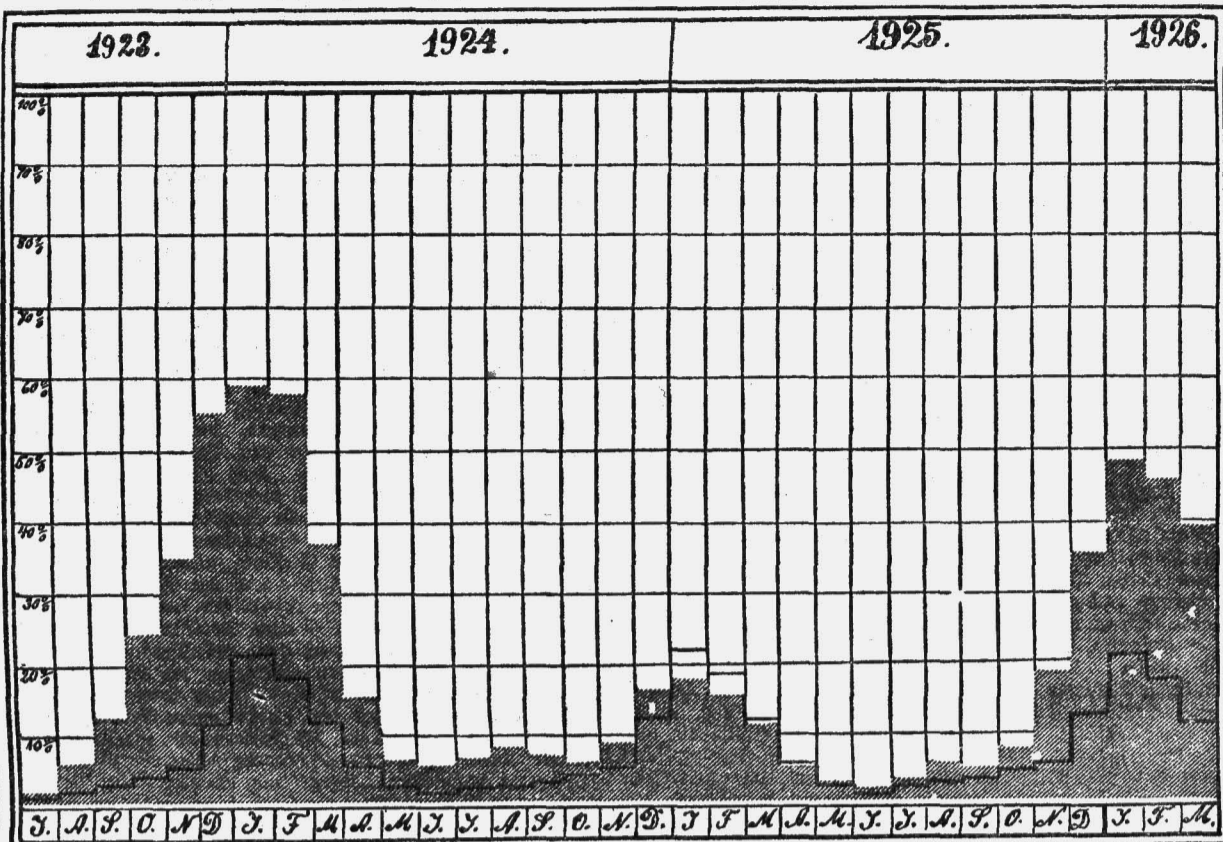
Bitte machen Sie uns fortgesetzt über diese Fragen Meldung. Wenn wir genügend Material haben, können wir, eventuell mit Unterstützung der Gewerkschaften, das Putschertum und die Eigenbetriebe der Behörden usw. um so wirkungsvoller bekämpfen.

Wenn also der Lohnabbau nicht nach Wunsch erfolgt ist, so liegt das daran, weil die Unternehmer nicht für genügend Beweismaterial gesorgt haben. Das sollen sie jetzt nachholen. Unsere Kameraden können sich deshalb auf einiges gefaßt machen.

Unsere statistischen Feststellungen vom 24. April 1926.

852 Zahlstellen haben berichtet und einen Mitgliederbestand von 83 306 nachgewiesen, darunter 7201 Lehrlinge. Arbeitslos waren 26 335 oder 30,41% und krank 1445 oder

Arbeitslosigkeit im Zimmererberuf Juli 1923 bis März 1926. (Die durchgehende schwarze Linie zeigt die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt der Jahre 1899 bis 1908 an.)



1,73%. Wie es in den einzelnen Provinzen und Freistaaten steht, zeigt folgende Tabelle:

Table with columns: Provinzen und Staaten, Anzahl der an den Feststellungen beteiligten, Son den Mitgliedern (Spalte 3) sind, Anteil arbeitslos, and Anteil krank. Rows list states like Ostpreußen, Brandenburg, etc., with corresponding numbers.

Zusammenfassung: 852 Zahlstellen, 83306 Mitglieder, 7201 Lehrlinge, 26335 arbeitslos, 1445 krank.

Gegenüber dem vorläufigen Ergebnis der Feststellungen vom 27. März hat sich die Arbeitslosenziffer von 39,79 auf 30,41% und die Krankenziffer von 2,28 auf 1,73% verringert.

Das Ergebnis vom 27. März stellt sich, nachdem noch 37 Zahlstellen berichtet haben, wie folgt: In 927 Zahlstellen mit zusammen 86 050 Mitgliedern, darunter 7516 Lehrlinge, waren 34 517 Mitglieder arbeitslos und 1951 krank.

Übersicht über die Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten in Prozenten: 1925 April 4,93, Mai 2,01, Juni 1,91, Juli 2,51, August 5,24; 1925 Sept 5,18, Okt 8,36, Nov 18,85, Dez 36,97; 1926 Januar 48,64, Februar 45,74, März 39,79, April 30,41

Baugewerbliches.

Risiko der Bauarbeiter. In einem Neubau in der kleinen Krummenstraße in Bremen stürzte die Giebelwand des danebenstehenden Hauses ein.

den Bauunternehmer, der bei der Absteifung des Nebengebäudes nicht die nötige Sorgfalt walten ließ. Anstatt durch sachverständige Zimmerer die Absteifung vorzunehmen zu lassen, ließ er diese von 2 Lehrlingen und einem Umpfänger vornehmen...

Korruptionen bei Vergebung von Bauarbeiten. In letzter Zeit ist die Öffentlichkeit durch den Selbstmord des Oberbauates Hölling von der Reichsbahndirektion Osten in Frankfurt a. d. O. auf einen besonders traffen Korruptionsfall aufmerksam geworden.

Die Unterfuchung, die etwa ein Jahr lang durch drei verschiedene Staatsanwaltschaften unabhängig voneinander geführt worden war, ist nunmehr bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt a. d. O. zentralisiert und ein Sonderbezernat für die Unterfuchung eingerichtet.

zwischen 4854 und 10403 M stellen sollten. Auf Grund dieser „Unterlagen“ teilte das Reichsverkehrsministerium dem Reichswehrministerium mit, wie „billig“ die Siedlungsgesellschaft Ostmark gebaut habe, worauf der Reichswehrminister der Frankfurter Garnison mitgeteilt haben soll, daß ihre Beschwerde nach den angestellten Erhebungen unbegründet sei.

Der „Vorwärts“ hat kürzlich mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß der Verband sozialer Baubetriebe seit seiner Gründung vergeblich gegen die Korruption im Baugewerbe angekämpft habe. Auch von einem Teil der öffentlichen Bauauftraggeber ist dies ohne weiteres anerkannt worden. Viele Behörden haben es leider bis heute unter den verschiedensten Vorwänden überhaupt abgelehnt, bei Vergabe von Bauarbeiten die sozialen Baubetriebe zum Wettbewerb mit heranzuziehen, andere haben, wenn sie die Heranziehung der Bauhütten nicht verhindern konnten, es so einzurichten gewußt, daß die Bauhütten die Arbeit doch nicht bekamen.

Einem andern Fall entnehmen wir der Nr. 2 der „Sozialen Bauwirtschaft“ vom 15. Januar 1923. Es handelt sich um die Vergabe von Tunnelarbeiten auf dem Hauptbahnhof in Sameln i. Westf. Auch dort hatte die Bauhütte mit 516372 M das niedrigste Angebot abgegeben, während der billigste Privatunternehmer 8069324 M, der teuerste aber 11584548 M gefordert hatte. Die Bauhütte hätte danach wohl Anspruch auf die Uebertragung der Arbeiten gehabt; statt dessen fand 8 Tage nach der Eröffnung der Angebote nochmals eine engere Submision beziehungsweise eine Rückfrage bei den Baufirmen statt, wobei die Bauhütte ausgeschaltet wurde.

Auch die skandalöse Art der Arbeitsvergabe der Werra-Kraftwerke, einer vom thüringischen Staat und der Stadt sowie dem Landkreis Eisenach gegründeten Gesellschaft, wo der Baurat Seidel den Bauhüttenbetriebsverband Thüringen um den billigsten Privatunternehmer vom Wettbewerb ausschaltete, sind noch in aller Erinnerung. Es wäre ein wahres Glück, wenn es gelingen würde, der Korruption im Baugewerbe endlich einmal Herr zu werden. Der Verband sozialer Baubetriebe hat seit Jahren lebhaft nach dieser Richtung gewirkt. Leider jedoch hatten die Bemühungen nicht immer den richtigen Erfolg. Die Beschwerden wurden zwar nach den empfangenen Antworten „untersucht“; wir vermuten aber, daß dies in ähnlicher Weise geschähen ist, wie bei der Reichsbahndirektion Ost, nämlich durch die Beschuldigten selbst.

ging man dort in ähnlicher Weise vor wie hier, bis sich das Material bergehoch aufgetürmt hatte. Jetzt will niemand schuld sein an den Verschleppungen. Zur Bekämpfung der Korruption tragen solche Antworten verantwortlicher Reichsstellen sicher nicht bei. Und der schärfste Kampf gegen die Korruption wäre doch auch im Interesse des großen Heeres ehrlicher Beamten nicht minder nötig, als im Interesse der öffentlichen Kassen und der Steuerzahler, die durch unehrliche Menschen immer wieder geschröpft werden.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Eine ungenügende Antwort. Der Kampf um die Gleichberechtigung in der Wirtschaft wird von den Gewerkschaften mit größter Fähigkeit geführt. Die Gewerkschaften der verschiedensten Richtungen haben vor einiger Zeit in einer Eingabe an die Reichsregierung und die Regierungen der Länder die Erfüllung der im Artikel 166 der Reichsverfassung gegebenen Zusage gefordert und im einzelnen verlangt, daß mit der paritätischen Ausgestaltung der Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern der Anfang gemacht werde. Der Reichszentralrat hat den Empfang der Eingabe kurz bestätigt und hinzugefügt, „daß die Umgestaltung der öffentlichen Berufskammern die Reichsregierung seit längerer Zeit eingehend beschäftigt und die Reichsregierung erneut dazu bei der Verabschiedung des Gesetzesentwurfes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat Stellung nehmen werde“.

Sozialpolitisches.

Die baugewerblichen Arbeiter in der Erwerbslosenfürsorge. Von einer Bekämpfung der Bauarbeitlosigkeit ist noch immer nichts zu verspüren. Das Baugewerbe weist mit den höchsten Erwerbslosenziffern auf. Zehntausende baugewerblicher Arbeiter sind, zum Teil seit Herbst vorigen Jahres, beschäftigungslos und von der staatlichen Erwerbslosenfürsorge ausgeschlossen. In einem Rundschreiben des Reichsarbeitsministers vom 25. Januar 1926 wurde bereits auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bezeichneten Stellen von der durch Artikel 9 der Ausführungsvorschriften vom 2. Mai 1925 (Reichsgesetzblatt I Seite 63) ihnen eingeräumten Befugnis über Verlängerung der Unterstützungsdauer bis auf 39 Wochen entgegenkommend Gebrauch machen sollten.

Diese Anweisung hat anscheinend bei den genannten Stellen nicht genügend Beachtung gefunden. Aus zahlreichen Orten liegen Mitteilungen vor, daß die Arbeitsämter gegenüber den baugewerblichen Arbeitern von dieser Befugnis keinen Gebrauch machen. Die Vertreter der baugewerblichen Arbeiterorganisationen haben aus diesem Anlaß im Reichsarbeitsministerium um eine Besprechung nachgesucht. Diese hat am 7. Mai im Reichswirtschaftsrat stattgefunden. Als Vertreter des Reichsarbeitsministeriums nahm Oberregierungsrat Weigert daran teil. Von den Arbeitervertretern wurde in eindringlichen Worten auf die Notlage der baugewerblichen Arbeiter, hervorgerufen durch das völlige Darniederliegen der Bauarbeitlosigkeit, hingewiesen und das Ministerium ersucht, noch einmal die in Frage kommenden Stellen, vor allen Dingen auch die Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter, auf den Inhalt des oben angeführten Rundschreibens aufmerksam zu machen, da ein nicht geringer Teil von ihnen über dessen Auslegung anscheinend nicht völlig im Klaren sei.

Es steht zu erwarten, daß nunmehr auch diejenigen Stellen, die das bisher verjährt haben, von der ihnen in dem Rundschreiben eingeräumten Befugnis nun auch wirklich entgegenkommend Gebrauch machen, auch gegenüber den baugewerblichen Arbeitern.

Literarisches.

Der „Bücherkreis“ hat als neuesten Band (6. Werk) eine Arbeit von Richard Woldt: „Die Arbeitswelt der Technik“, herausgegeben. Woldt schildert darin Wesen und Werden der modernen Technik. Das Buch kann von jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin gelesen werden, weil es keine technischen Spezialkenntnisse voraussetzt; denn es werden keine technisch-konstruktiven Einzelheiten aufgezeigt, sondern die großen Entwicklungslinien herausgearbeitet. Woldt zeigt uns, weshalb die kapitalistische Einheit sieghaft sein mußte. Wir durchwandern industrielle Arbeitsstätten im Fabrikraum, am Hafen; wir lernen, weil der Blick nur auf die wesentlichen Merkmale gerichtet ist, technisches Schauen. Die Maschine bekommt für uns Leben und kapitalistischen Sinn. Im Mittelpunkt aller Dinge aber steht der Mensch, der Arbeiter. Der Mensch unterjocht die Naturkräfte durch die Technik und wird dann von der Technik selbst unterjocht. Falsch aber ist es, um mit dem Verfasser zu sprechen, über die Technik zu philosophieren. Die Technik ist weder Fluch noch Segen, sondern entscheidend ist, was der Mensch selbst aus der Technik macht. Die technische Entwicklung bekommt ihr Ziel durch den wirtschaftlichen Verhältnisse der jeweiligen Zeit, durch den Machtkampf der Gesellschaftsverfassung, durch die Organisation, die sich die Menschen in ihrer Gesellschaft selbst geben. Mit dem Ausblick, daß nur in einer sozialistischen Gesellschaft die Technik den Menschen Glück und

Segen bringen wird, schließt Woldt sein interessantes Buch, dessen klare Darstellung wirksam unterstützt wird durch flotte Zeichnungen, die „Prommers“ Künstlerhand verständnisvoll entworfen hat. Ueberhaupt ist die Ausstattung des Buches in Einband, Druck und Papier prachtvoll. Der „Bücherkreis“ hat die Reihe seiner Veröffentlichungen durch ein schönes Buch ergänzt, so daß die Mitgliedschaft im „Bücherkreis“ dringend empfohlen werden kann. — Wegen Aufnahme und Auskunft wende man sich an die Hauptgeschäftsstelle „Der Bücherkreis“, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6, oder an die örtlichen Zahlstellen (Volksbuchhandlungen).

Politische oder soziale Demokratie. Ein Beitrag zur sozialistischen Erziehung. Von Max Adler. Umfang 9 1/2 Bogen. Preis kart. 2,50 M, Leinen 3,50 M. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 80. — Mit diesem neuen Werke Max Adlers, das neben in der von ihm herausgegebenen Schriftenreihe „Neue Menschen“ erschien, wird die politische und sozialpädagogische Literatur der Zeit in wertvollster Weise bereichert. Ausgehend von der Vieldeutigkeit des Wortes und Begriffes „Demokratie“, unternimmt Adler eine tiefgründende begriffliche und soziologische Klärung der Probleme um die Demokratie. Er zieht eine scharfe Trennungslinie zwischen der politisch-formalen, auf der bürgerlichen Rechtsgleichheit beruhenden aktuellen Form der Demokratie und der Demokratie, die wirklich sein wird erst in der kollektivistischen Gesellschaftsordnung, die keine Klassen-scheidung mehr kennt. Die gewohnt klare Sprache und präzise Formulierung der Begriffe machen das Studium des Wertes zu einem Genuß. Für das sozialistische Studium wird das Buch fortan unentbehrlich sein.

Veranstaltungsanzeiger.

Montag, den 17. Mai:

Dortmund: Abends 7 Uhr Unterricht und Besprechung der Lehrlingsabteilung im „Thüringer Hof“, Ecke Wallinford- und Uhlstraße. — Potsdam: Abends 7 1/2 Uhr bei Pfaff, Kaiser-Wilhelm-Straße.

Dienstag, den 18. Mai:

Elmhorn: Abends 8 Uhr in der Herberge. — Königsberg: Abends im Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 20. Mai:

Greifswald: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Lauban: Nach Feierabend im Volkshaus.

Freitag, den 21. Mai:

Gelsenkirchen, Bezirk Wattenscheid: Abends 7 Uhr bei Becker, Wattenscheid, Hochstraße.

Sonntag, den 22. Mai:

Braunschweig, Bezirk Wolfenbüttel: Abends 7 Uhr im Gasthof „Zur Lanne“, Enge Straße. — Emden: Abends 8 Uhr bei van Dyken, Neuer Markt. — Münster i. W.: Abends 8 Uhr bei Aug. Brindmann, Krummer Timpen 36. — Nürnberg a. d. W.: Abends 8 Uhr im Vereinslokal bei Fentel. — Ostelsburg: Abends 8 Uhr bei Kaufmann Eipla, Am Markt. — Wanne: Abends 7 Uhr bei Kumpmann, Schulstraße.

Sonntag, den 23. Mai:

Mitting, Bezirk Simbach: Vormittags 9 1/2 Uhr im „Stern“ in Simbach. — Pagen i. W.: Vormittags 10 Uhr bei Hohmann, Ecke Rölmer und Elberfelder Straße.

Anzeigen.

Zahlstelle Bremen und Umgebung.

Sonabend, den 5. Juni, Abends 7 Uhr, in „Stellers Festkäl“ (Schützenhof, Rappelstraße)

40 jähriges

Verbandsjubiläum

verbunden mit

Verteilung von Ehrenrkunden an alle über 25 Jahre der Organisation Angehörnde.

Anschließend:

Rezitationen, Verlosung u. Ball.

Eintritt: Herren 1 M., Damen 50 Pfg.

Die Festrede hält Kamerad R. Schumann-Hamburg, Mitglied des Zentralvorstandes.

Alle angrenzenden Zahlstellen, die übrigen Organisationen sowie alle Mitglieder werden um rege Beteiligung ersucht. [16,50 M] Der Vorstand.

Zahlstelle Eisenach.

Achtung, reisende Kameraden! Laut Versammlungsbeschluss wird vom 1. Mai bis 1. Oktober keine Lokalunterstützung gewährt. [3,75 M] Der Vorstand.

Paul Hartmann, fremder Zimmerer, geboren in Parchau bei Burg b. M., komme sofort nach Hause, Deine Mutter ist sehr krank. [3 M] Emil Albrecht, Kassierer in Burg b. M.

Das Theodor Schikora, Buch-Nr. 99 793, hat Mitglied o r f ein Konto für einfließende Beiträge von 68,05 M hinterlassen. Alle Verbandsmitglieder, besonders die Kassierer, werden ersucht, Schikora zur Erfüllung seiner Verpflichtung anzuhalten und seine Adresse an die Zahlstelle Düsseldorf, Wallstr. 10, 3. 4., zu senden. [5,25 M] Der Vorstand.

Verleger: A. Schönfelder. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Wolgast. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Vuer & Co. in Hamburg.